

Reinhard Rohde
Tim Wegener

Celle im Nationalsozialismus

Ein topographischer Überblick



Reinhard Rohde / Tim Wegener
Celle im Nationalsozialismus
Ein topographischer Überblick

Celle, April 2007

Druck: Romberger

Bestellungen unter: info@celle-im-nationalsozialismus.de



Diese Publikation wurde von der RWLE Möller Stiftung in Celle gefördert

Reinhard Rohde
Tim Wegener

Celle im Nationalsozialismus

Ein topographischer Überblick



Vorwort

Im November 1988 erschien zum 50. Jahrestag der Pogromnacht der "Antifaschistische Stadtplan Celle 1933-1945". Mit ihm begann eine neue Form lokaler Erinnerungspolitik, die in Anknüpfung an noch bestehende Gebäude die nationalsozialistische Vergangenheit der Stadt verortete. Wo lebten die Opfer, wo wirkten die Täter? Hierauf basierte dann auch der themenorientierte Stadtrundgang zum Nationalsozialismus, den wir seit 1998 regelmäßig anbieten.

Auch wenn es nach wie vor keine historisch-kritische Arbeit über die Zeit des Nationalsozialismus in Celle gibt, sind doch in den letzten 20 Jahren eine Reihe von Arbeiten veröffentlicht worden. Wir haben diese dichter werdenden Kenntnisse immer in die Stadtrundgänge eingearbeitet. Nur ist es uns nie möglich, alle Stationen und Schauplätze anzulaufen. Mit der Internetpräsenz haben wir diese Lücke weitgehend geschlossen.

Bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Rundgänge gibt es aber auch ein Bedürfnis nach Gedrucktem. Dem kommen wir mit dieser kleinen Broschüre nach.

Wie im Stadtrundgang gehen wir bei den kurzen Beschreibungen des jeweiligen Geschehens von Orten aus. Die Texte sind dann allerdings thematisch gruppiert. Die Literaturhinweise sind nicht nur als Nachweise, sondern auch als Hinweise zur weiterführenden Lektüre zu verstehen.

Den einzelnen Kapiteln haben wir jeweils ein Gedicht von Manfred Herzfeld vorangestellt. Der 1935 aus Celle emigrierte jüdische Rechtsanwalt hatte 1947 in Jerusalem einen Lyrikband veröffentlicht, der sich schonungslos mit den nationalsozialistischen Verbrechen auseinandersetzt.

Vielleicht können wir mit dieser Broschüre einen kleinen Beitrag zu dem von Wolfgang Benz formulierten Credo liefern: „*Erinnerung bedarf der Konkretisierung, und die erfolgt immer im Kleinen, also in der unmittelbaren Lebenswelt.*“

Reinhard Rohde und Tim Wegener

Celle, April 2007

Inhalt

Vorwort	5
Die NSDAP und ihre Organisationen	
“Braunes Haus“, Kanzleistraße 1	10
Hindenburgstraße und Adolf-Hitler-Platz, Bahnhofstraße / Thaer-Platz	12
“Otto-Telschow-Haus“, Trift 20/21	13
SA-Standarte 77, Mühlenstraße 12	14
Gestapo-Außenstelle, Fuhsestraße 11	15
SS-Heim, Thaers Garten	16
Deutsche Arbeitsfront, Mauernstraße 50	17
Justiz im Nationalsozialismus	
Oberlandesgericht, Schloßplatz 2/3	20
Preußisches Landeserbhofgericht, Schloßplatz 1	22
Erbgesundheitsobergericht, Schloßplatz 2/3	24
Gerichtsgefängnis, Schloßplatz 4	26
Zuchthaus, Trift 14	27
Anpassung, Gleichschaltung und Gefolgschaft	
Rathaus, Am Markte 14/15	30
Landratsamt, Speicherstraße 23	31
Das Celler Waisenhaus, Fritzenwiese 1	32
Cellesche Zeitung und Celler Beobachter	34
Mitteldeutsche Spinnhütte, Vorwerksgasse / Am Wasserturm	36
Militäranlagen	38
Stadtplan	40

Die jüdische Bevölkerung: Emigration oder Tod

Die Synagoge, Im Kreise 23/24	44
Jüdischer Friedhof, Am Berge	46
Juden in der Blumlage, Maschplatz	47
Schuhhaus Oskar Salomon, Poststraße 7	48
Herrenmodengeschäft Hasall, Poststraße 4	49
Hamburger Engros Lager, Großer Plan 2/3	50
Julius Wexseler, Hehlentorstraße 14	51
Manufaktur- und Modenwaren Wolff, Zöllnerstraße 44	52
Warenhaus Freidberg, Am Markt 4-6	53
Schuhhaus Löwenstein, Zöllernstraße 5	53
Familie von der Wall, Mühlenstraße 25	54
Rechtsanwalt Manfred Herzfeld, Schwicheldtstr. 19a	55
Familie Feingersch, Im Kreise 23	56

Opposition und Widerstand

Kommunistischer Widerstand, Maschplatz 4	58
Das Rote Sprachrohr, Sankt Georgstraße	59
Das Verbot der SPD, Großer Plan 22	60
Sackkarrenfabrik Wille & Sohn, Bredenstraße 1	61
Hermann-Billung-Schule, Schuhstraße 35	62
Die "Celler Judentaufe", Bergstraße 10 /Kirchstraße	63

Zwangsarbeit und Mord

Zwangsarbeiterlager	66
Das Massaker vom 8. April 1945, Triftanlagen	68

Erinnerungskultur

Gedanken zur Erinnerungskultur	72
--------------------------------	----

Literaturauswahl	75
-------------------------	----

Die NSDAP und ihre Organisationen

Sie haben Millionen erschossen und vergast,
Sie haben - wilde Bestien -- gebrandschatzt und gerast;
Sie haben ihre Opfer geschändet und gequält,
Sie haben Henkersknechte zu Führern sich erwählt.

Sie haben Menschenwürde und Menschenrecht verlacht,
Sie haben sich zum Götzen des eigenen Wahns gemacht;
Sie haben schon die Kinder auf Raub und Mord gedrillt,
Sie haben tief erniedrigt der Menschheit edles Bild.

“Braunes Haus“

Ein Vorläufer der NSDAP war in Celle die 1923 gegründete Ortsgruppe der *Deutsch-Völkischen Freiheitspartei* (DVFP). Bei der Kommunalwahl 1924 erhielt sie 7,7% der Stimmen und war nun erstmals im Bürgervorsteherkollegium vertreten. Als Nachrücker war u.a. der spätere NSDAP-Kreisleiter Walther Pakebusch (1897-1976, Foto) im Bürgervorsteherkollegium. Die DVFP konnte allerdings nicht auf Dauer dem Konkurrenzdruck der NSDAP widerstehen, die Celler Ortsgruppe ging 1927 oder 1928 ein. Eine Ortsgruppe der NSDAP wurde 1925 in Celle gegründet. Bei der Reichstagswahl 1928 erhielt die NSDAP in Celle 2,1% der Stimmen. Im November 1929 trat die NSDAP zum ersten Mal zu

einer Gemeindewahl in Celle an und erhielt 6,9% der Stimmen, damit hatte sie zwei Sitze im Bürgervorsteherkollegium. Ab 1930 entwickelte die NSDAP eine rege Propagandatätigkeit im Landkreis Celle. Bei der Reichstagswahl 1930, bei der die NSDAP den Durchbruch zur Massenpartei geschafft hatte, blieben ihre Ergebnisse in Celle allerdings vorerst unter dem Reichsdurchschnitt. Die Ergebnisse für Hitler bei der Reichspräsidentenwahl 1932 lagen dann aber im allgemeinen Trend.



Während die Nationalsozialisten in der Bevölkerung wachsende Zustimmung fanden, blieben ihre Organisationen in Celle aber noch recht schwach, die Ortsgruppe zählte Ende 1932 nur 286 Mitglieder. Dies wurde innerhalb der NSDAP u.a. darauf zurückgeführt, dass es in Celle keine geeignete Führer-

persönlichkeit zu geben schien, weshalb der Gauleiter von Ost-Hannover Otto Telschow (1876-1945) im April 1932 Walther Pakebusch zum Leiter der Ortsgruppe Celle ernannte. Pakebusch kam 1921 als Elektrotechniker nach Celle, wo er eine Ortsgruppe des *Stahlhelm* gründete und der DVFP beitrug. Für die DVFP war er von 1924-29 im Bürgervorsteherkollegium. 1929 ist Pakebusch der NSDAP und der SA beigetreten. Telschow sah in Pakebusch den Mann, der dem Nationalsozialismus in Celle Auftrieb verleihen sollte, was auch tatsächlich gelang. Bis zur Vereinigung der NSDAP-Kreise Celle-Stadt und Celle-Land am 1. Juni 1935 hatte Pakebusch als Kreisleiter in der Stadt ein dichtes Organisationsnetz gesponnen. Der mächtigste lokale Nazi-Aktivist stolperte 1942 über eine Frauenaffäre und wurde aus der Partei ausgeschlossen.

Eine weitere Maßnahme, um der NSDAP in Celle Auftrieb zu verleihen, war der Umzug der Parteileitung zusammen mit allen Gliederungen der

Partei in ein neues Haus in der *Kanzleistraße*, nach dem Vorbild der Münchener Parteizentrale das "Braune Haus" genannt. Von hier aus sollte intensive Propaganda für die anstehende Reichstagswahl betrieben werden. Neben der Partei und ihren Gliederungen waren im "Braunen Haus" die Geschäftsstelle der *Niedersächsischen Tageszeitung* und eine Volksküche untergebracht. Im Zentrum der Stadt wollte die NSDAP nun mit diesem neuen Gebäude, behängt mit Fahnen und Transparenten, ihren Machtanspruch für alle sichtbar machen. Dies war auch Ausdruck eines kämpferischen Aktivismus, der die NSDAP in der Endphase der Weimarer Republik in mancher Hinsicht den "modernsten" Parteityp darstellen ließ: Mit straffer Organisation und einem ideologisch fundierten Welt- und Feindbild überflügelte sie die konservativen Wahlparteien.

Die Bemühungen der NSDAP in Celle zeitigten Wirkung: Obwohl die NSDAP zu diesem Zeitpunkt gerade mal mit zwei Mandatsträgern im Bürgervorsteherkollegium vertreten war, erzielte sie bei der Reichstagswahl im Juli 1932 das beste Celler Wahlergebnis. Erstmals lag der Stimmenanteil über dem Reichsdurchschnitt. Der NSDAP war mit dieser Wahl der endgültige Einbruch ins konservative Lager gelungen. Die zweiten Reichstagswahlen des Jahres im November brachten der NSDAP einen Stimmeneinbruch, sowohl reichsweit als auch in Celle, hier lagen die Ergebnisse nun wieder unter dem reichsweiten Durchschnitt. Auch bei der schon nicht mehr regulären Reichstagswahl des Jahres 1933 verfehlte die NSDAP die absolute Mehrheit (45,9% in Celle). Doch die Festigung der Macht war auf Wahlerfolge im Frühjahr 1933 kaum noch angewiesen.

Lit.: Bertram o.J.;
Bösch 2002; Völ-
ker 1977.

Das Bild zeigt
vorne rechts das
"Braune Haus".



Hindenburgstraße und Adolf-Hitler-Platz

Als das Celler Bürgervorsteherkollegium nach der Kommunalwahl das erste Mal am 24. März 1933 zusammenkam, war neben Personalfragen das wichtigste Anliegen der NSDAP-Fraktion ein symbolisches: Die *Bahnhofstraße* sollte in *Hindenburgstraße* und der *Unionplatz* (heute *Thaerplatz*) in *Adolf-Hitler-Platz* umbenannt werden. Dies wurde gegen die Stimmen der SPD, aber mit den Stimmen der bürgerlichen Fraktion beschlossen. In das anschließende dreifache "Sieg Heil!" auf Hindenburg und Hitler stimmten die meisten Anwesenden ein.

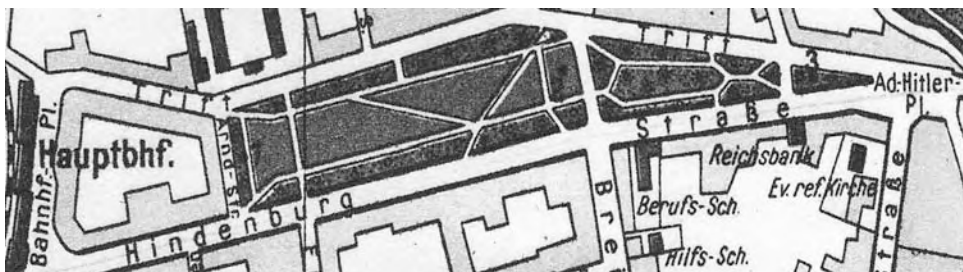


1937 wurde die ehemalige Exerzierhalle der *Burgkaserne* zu einer Sporthalle umgebaut und erhielt den Namen *Claus von Pape-Halle*. Der in Celle geborene von Pape (1904-1923) war beim Putschversuch Hitlers am 9. November 1923 erschossen worden und galt als "Blutzeuge der Bewegung".

Auch in der bis 1939 selbständigen Gemeinde Westercelle gab es übrigens einen *Adolf-Hitler-Platz*.

Lit.: Bertram o.J., 172-173, 226.

Das Foto zeigt Hindenburg und Hitler am "Tag von Potsdam"



“Otto-Telschow-Haus“

Es ist eine Freude, eines unserer allerschönsten Häuser, das früher Reichsgraf-Schwibeldtsche Grundstück in den Dienst des Gemeinschaftswerkes der NSV. im Kreise Celle gestellt zu sehen. Das alte malerische Einfahrtstor mit seinen schönen Barockschnitzereien ist weit geöffnet. Die Türen mit den Füllbörmern, den Blumenwinden und Pinienzapfen sind zurückgeschlagen, als wollten sie alle willkommen heißen, die die Vertrauen auf das Wort: „Einer für alle, alle für einen“, hier eine Not herbringen, um eine Hilfe mit fortzunehmen. Eine Hilfe aber, die nichts Bedrückendes mehr an sich trägt, sondern als eine freudige Selbstverständlichkeit gegeben und genommen wird.

So beginnt Hanna Fueß (1886-1972) ihren „Gang durch das Otto-Telschow-Haus“ im *Celler Heimatkalender*.

Das *Otto-Telschow-Haus* in der Trift 20/21 beherbergte ab 1936 die meisten Gliederungen der NSDAP. Die Stadt Celle hatte die Gebäude eigens zu diesem Zweck erworben und auf eigene Kosten ausgebaut. Hier wirkte die Kreisleitung der Partei, zunächst noch unter dem Kreisleiter Herbert Bangemann aus Ahsnsbeck. Die NSDAP-Zentrale wurde nach dem



Leiter des Gaus Ost-Hannover, Otto Telschow, benannt. Telschow war während eines Kreistreffens der NSDAP am 13. Juni 1936 zum Ehrenbürger der Stadt Celle ernannt worden. Telschow wurde derart von der Stadt Celle und Oberbürgermeister Meyer umworben, weil man sich Hoffnungen machte, dass Celle nach einer geplanten Verlegung Sitz der Gauleitung werden könnte.

Neben dem Stab der Kreisleitung saßen auch die HJ und der BDM an der Trift. Weiter waren hier die *Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV)* und das *Winterhilfswerk* untergebracht. Auch die *Celler Kreisbauernschaft* unter dem Kreisbauernführer Erich Wackenroder aus Scharnhorst hatte ihre Geschäftsstelle im *Otto-Telschow-Haus*.

Lit.: Bertram o.J., 239-240; Fueß 1937, 94-95.

Das Bild des Eingangs illustrierte den Text von Hanna Fueß.

SA-Standarte 77

Die SA spielte als militärisch organisierte Kampftruppe der NSDAP eine wesentliche Rolle bei der Erringung der Macht. Die SA hatte nicht nur die Aufgabe eigene Parteiveranstaltungen zu schützen, sondern auch die Versammlungen der Arbeiterparteien zu stören. Mit Aufmärschen und Schlägereien macht die SA Terror zur alltäglichen Drohung gegen politische Gegner. Zu einer regelrechten Straßenschlacht im Arbeiterviertel *Blumlage* kam es am 12. Juli 1932.

Nach der Machtübergabe an die Nazis waren Mitglieder der Celler SA an der Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933 beteiligt, und es war die Celler SA, die im Rahmen der inszenierten Pogromnacht in Celle die Synagoge, die Friedhofshalle und die verbliebenen Geschäfte jüdischer Inhaber verwüstete.

Die SA-Standarte 77 war mit dem Sturmbann I, II und III in der *Mühlenstraße 12* angesiedelt. Später wurde auch die Leitaußenstelle des SD (Sicherheitsdienst der SS), dessen örtliche Dienststelle sich in der *Trift 33* befunden hatte, mit dem 1. Oktober 1943 in die *Mühlenstraße 12* verlegt.

Lit.: Bertram o.J.

Das Bild zeigt eine Celler SA-Formation auf dem Großen Plan.



Gestapo-Außenstelle

Der Außenposten Celle der *Geheimen Staatspolizei* (Gestapo) war zunächst in der *Hannoverschen Straße* 54 (ein heute abgerissenes Haus neben dem KAV-Gymnasium, bis 1945 war hier der *Reichsluftschutzbund* untergebracht) und in den letzten Kriegsjahren im Celler Arbeitsamt in der *Fuhsestraße* 11 untergebracht. Belegt wird dies u.a. durch eine Vorladung, die der Celler Kommunist Otto Elsner im September 1944 erhielt.

Im November 1939 wurden nach dem Bombenanschlag auf Hitler von der Gestapo in Celle zwölf Kommunisten und Sozialdemokraten in "Schutzhaft" genommen, und auch nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 gab es hier eine Verhaftungswelle. Insgesamt überstellte die Gestapo 533 Gefangene aus dem Celler Gerichtsgefängnis in Konzentrations- und Arbeitslager.

In Unterlüß unterhielt die Gestapo Celle bis 1945 ein "Arbeitserziehungslager". Diese Lager dienten der "Disziplinierung" von Zwangsarbeitern. Hierher wurden Anfang 1945 auch Häftlinge aus dem Gerichtsgefängnis gebracht. Im Juli 1945 wurden auf Anweisung der Briten in der Nähe des Lagers elf Leichen exhumiert, die als sowjetische Staatsangehörige identifiziert wurden. Neun der Toten sind nachweislich ermordet worden.

Leiter der Gestapo-Außenstelle war vom 1.4.1944 bis zum Kriegsende der Kriminalobersekretär Hermann Kühn, der vom Schwurgericht Lüneburg im Februar 1950 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Aussageerpressung und Körperverletzung im Amt sowie Freiheitsberaubung zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

In einem Bericht der CZ vom 6.2.1950 heißt es über Kühn:

Das Gericht hielt in 26 Fällen für erwiesen, daß Kühn in Celle Fremdarbeiter mit Faustschlägen, Fußstritten und mit einem Gummiknüppel mißhandelt hat, zum teil, um Geständnisse zu erpressen. In sechs weiteren Fällen sah das Gericht die Mißhandlung von Deutschen, Erpressung und Freiheitsberaubung als gegeben. Unter den mehr als 50 Zeugen bekundete die frühere Sekretärin des Angeklagten Münstermann, daß als Maß für die Schläge im allgemeinen das Alter der Gezüchtigten ausschlaggebend war. Für jedes Jahr gab es einen Schlag."

Lit.: Bertram o.J., 253, 286-287; Möller/Polster 2003, 186.

SS-Heim

In das Wohnhaus auf dem ehemaligen Anwesen von Albrecht Thaer (*Thaers Garten*, unten ein aktuelles Bild) am Ostende der Dammaschwiese zogen im August 1939 der SS-Sturm Celle 12/17 und die Führung des Sturmabannes III/17 ein. Das der Stadt gehörende Gebäude war zu einer Schulungsstätte für die SS umgebaut worden, die das Haus bis 1945 nutzte. Das Parkgelände um das Haus wurde zum "Volkspark". In der *Niedersächsischen Tageszeitung* wurde das SS-Heim so beschrieben:

Jeder Raum im SS-Heim ist schlicht und ausdrucksvoll gehalten. Den Hauptraum bildet im Erdgeschoß der aus zwei ehemaligen größeren Räumen gewonnene Schulungs- und Feierraum. Sattbraun gebeizte Kiefer bildet die ein Meter hohe Wandverkleidung, ebenso ist alles Schnitzwerk des Raumes ohne irgendwelche nur störenden Zutaten schlicht aus Kiefernholz gearbeitet und gleichfarbig gebeizt. Den Blick fängt beim Eintreten sogleich das große, gleichfalls geschnitzte Hobeitszeichen, das in der Flügelspanne 2,50 Meter mißt. »Meine Ehre heißt Treue« lautet das aus Holz gearbeitete, im Runenstil gehaltene Wort des Führers, das unter dem Hobeitszeichen zu lesen ist, Runen waren gleichfalls Vorbild für die Wandleuchten. Im Erdgeschoß sind noch zwei Zimmer und dazugehörige Zeugkammern für den Sturm 12/17 gelegen. Im Obergeschoß befinden sich das Sturmabannführerzimmer, das Arbeitszimmer des Adjutanten, des Verwaltungsführers sowie die Kammer des Sturmabannes. Außerdem ist im Obergeschoß eine Dienstwohnung für den SS-Heimhauswart ausgebaut worden.

Lit.: Bertram o.J., 249; Möller/Polster 2003, 242; Shah, 2006.



Deutsche Arbeitsfront

Am 2. Mai 1933 wurden wie im ganzen Reich auch in Celle das Gewerkschaftshaus und die Geschäftsstellen der *Freien Gewerkschaften* durch Angehörige der *Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation* (NSBO) besetzt. Die CZ schrieb dazu am 3. Mai 1933:

Auf Grund des Gleichschaltungsgesetzes wurden gestern von der NSBO die Geschäftsstellen des Zentralverbandes der Angestellten, des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes besetzt.

Mit der Besetzung, der Beschlagnahme der Kassen und der Geschäftsbücher und insbesondere durch die Einsetzung eines Kommissars für jede der drei o.a. Gewerkschaften durch den Leiter der Aktion in Celle, den Kreisbetriebszellen Leiter Friedrich Schneider, verloren die Freien Gewerkschaften ihre Eigenständigkeit.

Die *Deutsche Arbeitsfront* (DAF) wurde von der NSDAP nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften gegründet. Die DAF aber war keine Arbeitnehmervertretung, denn in ihr waren auch Unternehmer Mitglied. Auch besaß sie nicht das Recht zum Abschluss von Tarifverträgen. Neben Propaganda und Schulung gehörten zu den Aufgaben der DAF Programme zur Freizeitgestaltung. Obwohl die Mitgliedschaft "freiwillig" war, war die DAF mit über 25 Millionen Mitgliedern die größte NS-Massenorganisation.

In Celle hatte die DAF ihre Geschäftsstelle in der *Mauernstraße* 50, der Leiter war Stadtrat Fritz Schulze. Mitte der 1930er Jahre kam die NSBO mit ihrem Obmann Walter Bennat dazu.

Lit.: Bertram o.J.

Die Abbildung zeigt DAF-Propaganda im *Celler Heimatkalender* auf das Jahr 1937.





Oben: Bund Deutscher Mädel (BDM) bei einem Aufmarsch zu einem Kreistreffen der NSDAP im Juli 1938 auf dem *Großen Plan*.

Mitte: Fahnen"geschmückte" *Zöllnerstraße* mit Blick auf ein Führerbild an der Realschule *Am Heiligen Kreuz* während eines Kreistreffens der NSDAP.

Unten: Feier zu Ehren des Jagdfliegers Oswald Boelke vor dem Celler Schloß mit NS-Formationen.

Justiz im Nationalsozialismus

DEUTSCHE RICHTER.

Sie haben die wenigen Braven
Verfemt und verfolgt und gehetzt;
Sie haben als Hitlers Sklaven
Die Paragraphen gewetzt.

Sie haben das Recht zur Dirne
Der Politik gemacht;
Sie haben mit eherner Stirne
Dem Moloch Opfer gebracht.

Das sind die deutschen Richter
Sie haben sich nicht geziert
Als wahren Rechtes Vernichter
Haben sie Order pariert.

Verjagt die feigen Knechte,
Nehmt ihnen Robe und Brot !
Sie waren Verräter am Rechte
Ihr Schicksal sei: Schande und Not !

Oberlandesgericht

Die Nationalsozialisten wollten aus der Justiz ein willfähriges Instrument ihres Staates machen. Die Gerichte sahen sich einer Vielzahl von Maßnahmen ausgesetzt, die eine Rechtsprechung unter rechtstaatlichen Grundsätzen im Laufe der Zeit immer schwieriger werden ließen und schließlich, zumindest in Teilbereichen, unmöglich machten. Die Richter selbst verloren weitgehend ihre Unabhängigkeit, viele Zuständigkeitsbereiche wurden an die Sondergerichte und den Volksgerichtshof übertragen, Polizei und Gestapo erhielten Befugnisse aus dem Bereich der Justiz übertragen und die NSDAP mischte sich in dienstliche Angelegenheiten der Gerichte und die Stellenbesetzung ein.

Der Präsident des Cellier Oberlandesgerichts (OLG), Adolf von Garßen (1884-1946, Foto), war einer von nur zwei Präsidenten im Deutschen Reich, die schon vor 1933 einen OLG-Bezirk leiteten und dies – ohne bei der Machtübernahme schon ein NSDAP-Parteibuch gehabt zu haben – bruchlos bis 1945 weiter tun konnten, bevor sie von den Briten aus dem Amt entfernt wurden. Mit der Mehrzahl seiner Richterkollegen am OLG trat er am 1.5.1933 in die NSDAP ein. Dem Präsidenten kam eine bedeutende Rolle zu, weil er mit der Durchsetzung nationalsozialistischer Stellenpolitik befasst war. Auch griff v. Garßen in Verfahren ein, die nicht den Verlauf nahmen, den die Machthaber sich wünschten.



Bereits im April 1933 erließen die Nazis das sog. "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", das ihnen ermöglichte, unbequeme Beamte zu entfernen. Neben Sozialdemokraten und Kommunisten zielte es vor allem auf Juden, denn in diesem Gesetz gab es zum ersten Mal einen "Arierparagraphen". In Personalsachen gegen diese Gruppen ließ sich v. Garßen bereitwillig vor den Karren der Nationalsozialisten spannen, nicht zuletzt auch aus persönlicher Abneigung. Am OLG Celle wurde u.a. wegen seiner jüdischen Abstammung der Senatspräsident Dr. Richard Katzenstein (1878-1942) aus dem Dienst entfernt. Er wurde zunächst nach Harburg, einer Hochburg des Nationalsozialismus, versetzt und im Februar 1934 in den Ruhestand geschickt. 1936 emigrierte er nach Palästina. Nach ihm wurde eine Straße nahe des OLG benannt.



Aus einem Schreiben an den preußischen Justizminister vom 10.6.1933 den Fall Katzenstein betreffend, wird die antijüdische Haltung v. Garßens deutlich:

Es kommt indessen überhaupt nicht in Betracht, daß Katzenstein als Senatspräsident in Celle bleiben könnte. Von jeher hat hier die Ernennung eines Juden zum Richter im Bezirk des Oberlandesgerichts in Celle Befremden und Unbehagen ausgelöst. [...] Die niedersächsische Bevölkerung erträgt nun einmal keinen Nichtarier als Vorsitzenden eines Senats des Oberlandesgerichts [...]. Mitunter färbt diese Einstellung sogar auf Kritiken ab, die sich gegen andere, zweifelsfrei deutschstämmige, nationale und soziale Richter wenden. Blicke Katzenstein Senatspräsident in Celle, so würde das Volk hier meines Dafürhaltens am Sinne des Gesetzes vom 7. April 1933 irre werden.

[...] M. E. gebietet das Staatsinteresse, Katzenstein nach § 4 des Gesetzes vom 7. April 1933 aus dem Dienst zu entlassen.

Von Garßen und der Celler Generalstaatsanwalt Schnoering nahmen am 23./24. April 1941 an einer Tagung höchster Juristen teil, auf der sie durch den Justizminister über die Vernichtung "lebensunwerten Lebens" mittels Gas und die Scheinlegalisierung dieser Krankenhausmorde unterrichtet wurden.

Lit.: Hamann 1986, Möller/Polster 2003; Nds. Landeszentrale 2002; Opitz 2005; Streich 1996; Rückert/Vortmann 2003.



Preußisches Landeserbhofgericht

“Bluterneuerungsquell des Volkes“ sollte der Bauer gemäß der nationalsozialistischen Blut-und-Boden-Ideologie sein. Und er sollte die Autarkiebestrebungen des Deutschen Reiches durch gesteigerte Produktion unterstützen. Beides sollte u.a. durch das *Reichserbhofgesetz*, das am 1. Oktober 1933 in Kraft trat, gefördert werden. Es wurde eine eigene Gerichtsbarkeit vom Anerbengericht bis zum Reichserbhofgericht in Berlin geschaffen. Obwohl prinzipiell für alle Länder des Deutschen Reiches vorgesehen, gab es nur in Preußen ein Landeserbhofgericht.

Das *Preußische Landeserbhofgericht* wurde am 8. Februar 1934 in Celle eröffnet. Der preußische Justizminister Hanns Kerrl (1887-1941) erhielt bei diesem Anlass die Ehrenbürgerwürde. Untergebracht war das Gericht im *Celler Schloß*. Keine andere Behörde in Celle hatte einen größeren Wirkungskreis.

Nur “Erbhofbauern“ durften sich jetzt Bauer nennen, denn dies sollte nun ein “Ehrentitel“ sein, und Erbhofbauer durfte nur sein, „wer deutschen oder stammesgleichen Blutes ist.“ Nach nationalsozialistischem Recht war der Erbhof der „unveräußerliche und unbelastbare, unteilbar auf den Anerben übergehende land- und forstwirtschaftliche Besitz eines Bauern“. Das *Reichserbhofgesetz* griff massiv in die Verfügungsgewalt der Bauern über ihre Höfe ein und stieß deshalb, trotz einiger Vorteile für die Bauern, vielfach auf Ablehnung. Im Laufe der Zeit, besonders während des Krieges, geriet die ideologische Komponente der Agrarpolitik mit den praktischen Anforderungen der Lebensmittelversorgung derart in Konflikt, dass sie immer mehr in den Hintergrund trat. Im Falle des Reichserbhofgesetzes bedeutete dies, dass es im Lauf der Zeit immer wieder geändert wurde, um die Versorgung nicht zu gefährden. Dass die Nahrungsmittelproduktion im Vordergrund stand, zeigt auch die Tatsache, dass Bauern in vielen Prozessen, mitunter durch alle Instanzen

500 Jahre auf demselben Erbhof!

Im *Celler Heimatkalender auf das Jahr 1935* wird deutlich, dass auch der *Heimatkalender* ein Instrument zur Propagierung der Blut-und-Boden-Ideologie geworden war. Dort heißt es unter dieser Überschrift:

In diesem Jahre können dreißig Bauernhöfe in unserm Landkreise ein seltenes Jubiläum feiern: seit einem halben Jahrtausend ist derselbe Hof, dieselbe Scholle in ununterbrochener Erbfolge von Bauern des gleichen Blutes und gleichen Namens bewohnt und beackert.

und nicht nur vor Erbhofgerichten, erfolgreich waren, weil auch im Einzelfall häufig zugunsten einer funktionierenden Landwirtschaft und gegen eine starre Auslegung nationalsozialistischer Ideologie entschieden wurde.

Viele der Juristen am Landeserbhofgericht waren in der Bundesrepublik weiterhin im Amt, auch in Landwirtschaftssenaten des OLG.

Ein Beispiel ist der Celler Richter Otto Wöhrmann (1897-1970), von 1934 bis 1952 Oberlandesgerichtsrat. Er fühlte sich schon früh der Idee von Blut und Boden verbunden und das *Reichserbhofgesetz* wurde sein ausgesuchtes Arbeitsgebiet. 1934 wurde er Erbhofgerichtsrat am Landeserbhofgericht. Im Krieg war Wöhrmann Kriegsrichter in Paris und Berlin. Für politische Straftaten zuständig, machte er sich im Sinne der Nationalsozialisten verdient. Überliefert sind zwei Fälle, in denen er die Todesstrafe verhängte. Im ersten Fall wurde sein Urteil in einem zweiten Prozess nicht bestätigt. Im zweiten Fall sprach er die Todesstrafe aus, nachdem in einem Prozess zuvor eine Freiheitsstrafe verhängt worden war. Beide Fälle zeigen, dass offensichtlich die ausgesprochenen Todesurteile auch damals nicht zwangsläufig gewesen sein müssen.

Auch nach dem Krieg konnte Wöhrmann tätig sein: Ab 1946 war er als Oberlandesgerichtsrat am Aufbau des neuen Landwirtschaftsrecht beteiligt. Er versuchte, die Grundsätze des *Reichserbhofgesetzes* im neuen Recht beizubehalten: Es war z.B. immer noch eine Bevorzugung von männlichen Erben vorgesehen, was später aber



als verfassungswidrig erklärt wurde. Auch nachdem Wöhrmann angezeigt worden war und die Presse seine Vergangenheit aufgedeckt hatte, war er nicht bereit, sein Amt niederzulegen. Zwei Ermittlungsverfahren 1950 und 1960 gegen ihn wurden eingestellt. 1952 bis 1960 war Wöhrmann sogar Senatspräsident des Landwirtschaftssenats. Erst 1962 ließ er sich auf Drängen des Justizministers in den Ruhestand versetzen. Rolf Hochhuth hat in seinem Drama *Juristen* den Fall Wöhrmanns beschrieben, für die, „die das anzweifeln könnten, weil sie es unglaublich finden“.

Lit.: Bertram o.J., 196-200; Herlemann 1993; Hochhuth 1979, 116-118; Möller/Polster 2003, 146, 191; Münkel 1991; Vultejus 1982; Wegener 2006. Das Foto zeigt das *Thae-Seminar* (heute Stadtbibliothek) anlässlich einer Veranstaltung des *Reichsnährstandes*.

Erbgesundheitsobergericht

Wer erbkrank ist, kann unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden werden.

So heißt es in Paragraph 1 des “Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933. Auf dieser juristischen Grundlage wurden zwischen 1933 und 1945 Hunderttausende gegen ihren Willen sterilisiert.

Vor dem Hintergrund ihres rassistischen Menschenbildes ging es den Nazis darum, “Minderwertige“ von der Fortpflanzung auszuschließen. Dies wird auch darin deutlich, dass nicht nur “Kranke“, die nach einem sowieso schon mehr als fragwürdigen Krankheitsbegriff definiert wurden, zwangsterilisiert werden sollten, sondern dass das Gesetz auch gegen soziale Außenseiter Anwendung fand, z.B. gegen Frauen mit unzeitigem Lebenswandel und Männer mit krimineller Vergangenheit.

Für die Anordnung der Zwangssterilisationen wurden an den Amtsgerichten *Erbgesundheitsgerichte* eingerichtet und als Beschwerdeinstanz *Erbgesundheitsobergerichte* (EGOG) bei den Oberlandesgerichten geschaffen. Das EGOG Celle war für die *Erbgesundheitsgerichte* Aurich, Bückeburg, Detmold, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück, Stade und Verden/Aller zuständig. Die EGOGs waren die letzte Beschwerdeinstanz. D.h. wenn hier die Zwangssterilisation angeordnet wurde, war sie auch gegen den Willen des Betroffenen, auch unter Gewaltanwendung, durchzuführen. Zur Durchführung der Sterilisationen waren die *Landesfrauenklinik* bzw. bei Männern das *Allgemeine Krankenhaus Celle* bestimmt.

Fünf Richter des OLG-Celle waren an den Urteilen des EGOG Celle beteiligt. Die Berufung auf eine Richterstelle am EGOG erfolgte freiwillig, keiner wurde gezwungen, dort tätig zu werden. Die Richter sollten sowohl fachlich als auch charakterlich geeignet sein, um den gewünschten Erfolg zu sichern. Außerdem musste bei Neubesetzungen der Gauleiter informiert werden. Am EGOG Celle war man um Kontinuität in Personaldingen bemüht, es gab nur zwei aufeinander folgende Vorsitzende und drei Stellvertreter.

Das EGOG Celle nahm den Betrieb im Frühjahr 1934 auf. Insgesamt landeten hier etwa 5000 Fälle. Die Sitzungen am EGOG Celle hatten in der Regel nur formalen Charakter und entsprachen nicht einmal juristischen Minimalanforderungen. Besonders deutlich war dies am

Anfang: Die Betroffenen wurden in der Regel nicht angehört, den Anwälten wurde mitunter Akteneinsicht verweigert. An einem Sitzungstag wurden bis zu 40 Fälle verhandelt und ausschließlich nach Aktenlage entschieden. Insgesamt 3.595 Sterilisationsanordnungen wurden so ausgesprochen. In Celle wurde offenbar eine äußerst rigide Praxis geübt: Eine Beschwerde vor dem EGOG Celle hatte nur in 3,8% der Fälle Aussicht auf Erfolg, der Reichsdurchschnitt war fast doppelt so hoch.

In Wiederaufnahmeverfahren nach 1945 mussten die Zwangssterilisierten nachweisen, dass sie nicht "erbkrank" waren. Dabei wurden sie zum Teil denselben Prozeduren ausgesetzt wie vor 1945, und manchmal trafen sie auch auf dieselben sie "beurteilenden" Personen. In nur einem Viertel der angestregten Wiederaufnahmeverfahren bekamen die Betroffenen bescheinigt, dass die Sterilisation zu Unrecht erfolgt sei, wobei dies keinesfalls einen Anspruch auf finanzielle Entschädigung bedeuten musste. Erst 1998 stellte der Bundestag fest, dass die durchgeführten Zwangssterilisationen nationalsozialistisches Unrecht seien.

Keiner der Celler Richter wurde nach 1945 wegen seiner Tätigkeit am EGOG belangt. Bis auf einen galten sie sogar als unbelastet; dieser eine wurde als "Unterstützer" klassifiziert und zunächst zurückgestuft, kehrte aber 1949 in den Dienst zurück und war ab 1955 wieder Senatspräsident am OLG. Die für die betroffenen Richter günstigen Bewertungen resultierten u.a. daraus, dass sie sich gegenseitig entlasteten. Rainer Opitz zieht folgendes Fazit:

Abschließend kann daher für die am EGOG tätig gewesenen Richter festgestellt werden, dass deren Entnazifizierung gescheitert ist. Wie bei allen Richtern der NS-Zeit wurden sie für ihr Tun nicht zur Rechenschaft gezogen. Es waren gerade diese Richter, die durch ihre Urteile der nationalsozialistischen Rassenideologie das Wort redeten.

Lit.: Kramer 1998; Opitz 2005.

Noch im Dezember 2006 beschäftigte das Thema den deutschen Bundestag:

Der Bundestag soll das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom Juli 1933 ächten. Dies fordern die Fraktionen von CDU/CSU und SPD in einem Antrag.

Die gesetzliche Vorgabe und die tatsächlich vorgenommenen Zwangssterilisationen könnten nicht voneinander getrennt werden. Beides sei Ausdruck der gleichen verbrecherischen "Weltanschauung". Beidem gebühre die gleiche Ächtung.

Das Parlament solle feststellen, daß mit dem "Erbgesundheitsgesetz" ein Weg beschritten worden sei, der zielgerichtet zum "Euthanasie"-Massenmord-Programm geführt habe, heißt es im Antrag. An den Folgen der Zwangssterilisation seien bis zu 6000 Frauen und etwa 600 Männer gestorben.

(Ärzte Zeitung v. 18.12.2006)

Gerichtsgefängnis

Das Gerichtsgefängnis befand sich zwischen *Mühlenstraße* und *Schloßplatz*. Es wurde in den 1980er Jahren abgerissen (Foto kurz vorher).

Der Weg in ein Zuchthaus, in ein Konzentrations- oder Erziehungslager führte in Celle zumeist über das Gerichtsgefängnis. In der Regel saßen die verhafteten Celler Kommunisten und Sozialdemokraten bis zu ihrer Verurteilung im Gerichtsgefängnis. Auch die Celler Opfer des Novemberpogroms 1938 wurden von der Gestapo hier eingeliefert. Viele aber, die hier ihren Weg in die Konzentrationslager antreten mussten, stammten nicht einmal aus der Umgebung von Celle. Häufig erfolgte der Transport ohne eine vorhergehende Gerichtsverhandlung, mitunter wurden auch Häftlinge des Zuchthauses nach Verbüßen ihrer Strafe auf Anordnung der Gestapo in das Gerichtsgefängnis überführt, um sie zur "Vorbeuge" in ein Lager einzuweisen.



Das "Namen-Verzeichnis zu den Gefangenenbüchern" belegt die Verfrachtung von Häftlingen in verschiedene Konzentrationslager. Waren dies vorerst noch Einzelfälle, häuften sich die "Überführungen" seit Kriegsbeginn. Ab 1944, für dieses Jahr sind 194 Fälle bekannt, wurden regelrechte Sam-

meltransporte aus dem Gerichtsgefängnis Celle in Konzentrationslager durchgeführt, darunter "Ostarbeiter" und "Fremdarbeiter", u.a. aus Holland, Belgien und Frankreich. Unter ihnen auch Kinder und Jugendliche. Buchenwald, Neuengamme, Ravensbrück und weitere Lager sind als Zielorte in den Büchern verzeichnet. Eine Deportation nach Auschwitz ist erstmals für den 20. Dezember 1943 vermerkt, es handelte sich um eine polnische Zwangsarbeiterin. Am 21. Oktober 1944 wurden neun hauptsächlich aus den Niederlanden stammende jüdische Frauen und Männer nach Auschwitz deportiert.

Lit.: Bertram o.J., 283-287, 293; Möller/Polster 2003.

Zuchthaus

Alle in der Weimarer Republik entstandenen Reformansätze im Strafvollzug wurden im Nationalsozialismus sofort abgeschafft: „Bessern oder vernichten“ war das neue Credo.

Der seit 1928 in Celle als Vollzugsleiter tätige Reformler Fritz Kleist wurde deshalb in den Ruhestand versetzt. Ab 1934 (bis 1939) wurde das Zuchthaus von Hauptmann a.D. Otto Marloh geleitet. Seine „Qualifikationen“: Er hatte als Befehlshaber eines konterrevolutionären Freicorps 1919 in Berlin 29 wehrlose Matrosen einer Volksmarinedivision umbringen lassen. Außerdem war er „alter Kämpfer der NSDAP“ und konnte sich so der Unterstützung der Partei bei der Bewerbung um die Stelle sicher sein. Der „Massenmörder“ (Polster) Marloh engagierte sich in Celle zusätzlich als Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Altstadt.

Gleichzeitig mit seiner Umbenennung in *Zuchthaus und Sicherungsanstalt* im Jahr 1934 diente das Celler Gefängnis auch offiziell zur Aufnahme „sicherheitsverwahrter“ politischer Gefangener. Der Celler KPD-Vorsitzende Otto Elsner saß hier genauso wie Arbeiter der hannoverschen Widerstandsgruppe Hanomag. Ziel war die Unterdrückung Andersdenkender, und mit der Einrichtung einer „kriminalbiologischen Forschungsstelle“ zog die Rasseideologie in den Strafvollzug ein.

Zu einem „Ort besonderen Grauens“ (Bertram) wurde das Zuchthaus in den letzten Kriegsmontaten unter dem Leiter Dr. Gustav Flöther. Hatte es in Friedenszeiten pro Jahr durchschnittlich fünf Todesfälle unter den Insassen gegeben, so waren es 1944 schon 82. Nachdem das Gefängnis durch „Evakuierungen“ von Gefangenen anderer Anstalten restlos überbelegt wurde, starben im Januar 1945 17 Häftlinge, im Februar 26, im März 98 und bis zum 15. April weitere 77 Insassen. In der letzten Woche machte man sich nicht einmal mehr die Mühe, die Toten auf dem Waldfriedhof zu bestatten, sondern verscharrte sie – ohne Sarg und ohne Kleidung – auf dem Zuchthausgelände.

Lit.: Bertram o.J., 322-323; Hoffschildt 1999; Möller/Polster 1984, 79-92; Möller/Polster 2003, 257-258; Nds. Landszentrale 2002; Opitz 2005, 94-98.

Otto Elsner wurde nach einer in Celle verbüßten Zuchthausstrafe von der Gestapo in ein Konzentrationslager gebracht. Seine Tochter Gertrud Schröter erinnert sich an den Tag, als die Familie den Vater abholen wollte:

Da haben wir vor'm Zuchthaus gestanden. Ein Beamter kam und fragte: »Auf wen warten Sie denn?« - »Ja, auf Otto Elsner.« - »Der ist nicht mehr hier. Der ist schon gestern abgeholt.« Da hatte ihn die Gestapo schon am Tag vorher geholt. Hier in der Polizei hab ich ihn noch einmal besucht. »Vater, was ist denn los?« - »Ich weiß nicht, ich komme auf Transport.« Naja, uns war das völlig klar. Dann ist er über Berlin nach Sachsenhausen.



Oben: NSDAP-Kreisleiter Pakebusch mit der Reichsrauführerin Gertrud Scholtz-Klink (links) bei ihrem Besuch in Celle im Juni 1941.

Mitte: Wehrmarchtaufmarsch auf dem *Schloßplatz*.

Unten: Gauleiter Telschow, Kreisleiter Pakebusch und der Reichsminister und Celler Ehrenbürger Hanns Kerrl auf dem *Markt* am 13. Mai 1935 zur Wiedereröffnung des Schloßtheaters.

Anpassung, Gleichschaltung und Gefolgschaft

ANKLAGE

Einst habt Ihr gewaltige Dome erbaut;
Ihr habt Euch verewigt in Lied und Gedicht;
Und was Ihr tief in Euch erschaut,
Habt Ihr geformt zu Klang und Gesicht.

Versunken die Bilder der grossen Zeit,
Da Ihr in edelem Drange
Euch gerne dem Guten und Schönen geweiht
Und dem Wahren und göttlichem Sange !

Längst fiel auf Deutschland finstere Nacht;
Ihr tatet die ärgste der Taten:
Ihr habt Euch verkauft an den Dämon der Macht,
Und den Geist habt Ihr schmäglich verraten.

Rathaus

Am 8. März 1933 wurde erstmals die Hakenkreuzfahne auf dem Celler Rathaus gehisst. SA, SS und Stahlhelm hatten vor dem Rathaus Aufstellung genommen und tausende Celler folgten dem Spektakel. Die Kommunalwahl vier Tage später zielte so auf kaum mehr als die Bestätigung der realen Machtverhältnisse. So war es auch nicht von Bedeutung, dass die NSDAP mit 42,9% die absolute Mehrheit verfehlte. Bei der ersten Sitzung des neuen Bürgervorsteherkollegiums marschierten die Vertreter der NSDAP geschlossen in Uniform auf. Der Celler NSDAP-Chef Pakebusch wurde zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters gewählt, die Sitzung wurde mit dem Horst-Wessel-Lied beschlossen. Nachdem die Nationalsozialisten am 8. März bereits symbolisch Besitz vom Rathaus ergriffen hatten, hatten sie nun auch faktisch hier die Macht übernommen.



Oberbürgermeister Ernst Meyer (1886-1948, Foto) wurde von den Nazis im Amt belassen und konnte es auch bis zum Kriegsende bleiben, weil Gauleiter Telschow in ihm einen fähigen Verwaltungsfachmann sah. Als Telschow zum ersten Mal das Celler Rathaus besuchte, brachte er eine Liste mit Beamten mit, die entlassen werden sollten. Mit dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom April 1933 lag dann auch eine formale Möglichkeit vor, unliebsame Beamte aus dem Dienst zu entfernen.

Während die linken Parteien verboten wurden, lösten sich die bürgerlichen Celler Parteien im Laufe des Jahres 1933 selbst auf.

Ende 1933 wurde durch das preußische Gemeindeverfassungsgesetz das Führerprinzip auch auf kommunaler Ebene eingeführt, der Oberbürgermeister trug jetzt die ausschließliche Verantwortung vor Ort. Magistrat und Bürgervorsteherkollegium wurden durch Fachbeamte

bzw. durch einen von Meyer und der Kreisleitung vorgeschlagenen Stadtrat ersetzt. Die Stadtverfassung war nun nationalsozialistischen Vorstellungen angepasst und die Gleichschaltung von Staat und Gemeinde vollzogen.

Lit.: Bertram o.J.; Bösch 2002; Rohde 1983.



Landratsamt

Bei der Kreistagswahl des Jahres 1929 hatte die NSDAP im Landkreis Celle nur zwei von 24 Sitzen erringen können. Die nach der Machtergreifung vorgezogenen Kommunalwahlen im März 1933 brachten der NSDAP dann mit 50% ein noch besseres Ergebnis als bei der Reichstagswahl eine Woche zuvor. Wie in der Stadt den Oberbürgermeister Meyer ließen die Nationalsozialisten auch den seit 1919 als Landrat wirkenden Wilhelm Heinichen (1883-1967; Foto) weiter im Amt.



Den Landräten kam im Nationalsozialismus eine besondere Rolle zu, weil sie monatliche Lageberichte an die zuständige Staatspolizeistelle, für Celle war dies Harburg-Wilhelmsburg, abzuliefern hatten. Diese Berichte sollten es den Nationalsozialisten ermöglichen, Unzufriedenheit und möglicher Opposition unter der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Obwohl Heinichen zum 1. Mai 1933 der NSDAP beitrug, gilt er nicht als exponierter Nazi. Zur Amtsführung der Kreisverwaltung in der Zeit des Nationalsozialismus liegen aber bisher keine Arbeiten vor, die ein Urteil erlauben. Dass auch seine Weste braune Flecken bekam, belegt ein Bericht an die Bezirksregierung im Anschluss an die Pogromnacht, in dem er sich für die "Abschiebung" in Oldau lebender Juden einsetzt. Jakob Gerschez (geb. 1890) und David Kletschko (geb. 1889) wurden am 29. März 1939 in KZ Dachau eingeliefert und unter den Häftlingsnummern 2649 und 7173 registriert. Ende September 1939 wurden sie von dort ins KZ Buchenwald eingeliefert, wo Gerschez am 3. August 1940 starb. Kletschko wurde am 30. Mai 1941 an einen der heutigen Gedenkstätte Buchenwald unbekanntem Ort überführt.

Wilhelm Heinichen wurde 1945 von den Briten sofort seines Postens enthoben. Nach 20-monatiger Internierungshaft nahm er zunächst sein kirchliches und kulturelles Engagement wieder auf und wurde schon 1952 auf Vorschlag der welfisch orientierten *Deutschen Partei* in das hohe repräsentative Amt des Celler Oberbürgermeisters gewählt, das er bis 1964 innehatte.

Lit.: Bertram o.J.; Köhler 2003; Munkel 1991, 75-77.



Das Celler Waisenhaus

Die Gleichschaltungspolitik der NSDAP zielte nicht allein darauf ab, die staatlichen Institutionen den Zielen der Partei zu unterstellen, sondern wurde auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt. Ein interessantes Celler Beispiel ist die Übernahme der über 200 Jahre alten Waisenhausstiftung durch die *Nationalsozialistische Volkswoblfahrt (NSV)*.

Noch im Jahr 1933 versuchte die NSDAP über ihre NSV, Einfluss auf die Geschicke des *Celler Waisenhauses* in der *Fritzenwiese* zu gewinnen. Die Einrichtung war für die NSV ein reizvolles Objekt, weil sie als Stiftung fest im konservativen Bürgertum und der ev. Kirche verankert war. In der bis 1965 in dem Gebäude



Fritzenwiese 11 untergebrachten Einrichtung (heute abgerissen) wurden in den 1920/30er Jahren etwa 75 elternlose Kinder betreut.

Der Stiftungsvorstand, das sog. Waisenhauskollegium, war zwar auf die Eigenständigkeit der Einrichtung bedacht. Angesichts der Abhängigkeit von öffentlichen Zuschüssen musste aber ein Arrangement mit den neuen Machthabern gefunden werden. Die NSV ihrerseits drängte auf die Übernahme („*Viel freie Wahl haben wir nicht, die Tonart uns gegenüber ist*

in aller Freundlichkeit doch recht diktatorisch - den Kraftverhältnissen entsprechend“, notierte der Vorsitzende des Waisenhauses) und im Januar 1934 wurde eine „Abmachung über die Eingliederung des Waisenhauses in die NSV“ geschlossen. Vereinbart war aber auch eine relative Selbständigkeit des Waisenhauses, so blieb das Kollegium als „Selbstverwaltungs“-organ zunächst erhalten.

Propagandistisch nutzte die NSDAP die Angliederung anlässlich der 240-Jahr-Feier des Waisenhauses. In der Abmachung war dem Gauleiter der NSDAP, Otto Telschow, die Schirmherrschaft übertragen worden, was nun mit einem Aufmarsch der SA und unter Anwesenheit vieler Honoratioren der Stadt öffentlich gefeiert wurde (Foto). Der Vorsitzende des Waisenhauskollegiums, Oberlandesgerichtsrat Alfred Clausen, baute in der von ihm gehaltenen Festrede eine Brücke zwischen der christlich-konservativen Tradition und den Erziehungszielen der Nationalsozialisten: *Darum soll die Erziehung auf dem Urgrunde der Religion nicht nur ins Jenseits ragende, sondern auch vielmehr irdische Tugenden zum Ziele haben. [...] Zum ersten: die bewußte Hingabe an das Vaterland. Je mehr das Kind*

aus seinen allerersten Entwicklungsjahren heraustritt, hat die Pflege des vaterländischen Geistes mehr und mehr in den Vordergrund zu treten. Unsere Jugend heute bricht sich da selber Bahn. Wohl vom 6. Lebensjahre an fühlt sie sich bewußt als Hitlerjungens und -mädels. Unsere Aufgabe ist es, dies in der rechten Weise zu fördern und zu vertiefen. Zum andern: die bewußte Hingabe an die Gemeinschaft des deutschen Volkes. Das allgemeine Wohl über das eigene stellen, bereit sein, für die Bedürfnisse der Gesamtheit alle nötigen Opfer zu bringen, auch des eigenen Ich, das ist der tiefere Sinn des deutschen Sozialismus, und wo könnte dieser Geist deutscher Bürgertugenden besser in den Herzen der Kinder eingepflanzt werden als in einer so großen Familie, wie der des Waisenhauses, wo sich der Einzelne stets nach ihnen richten muß!

Trotz dieser weitgehenden ideologischen Anpassung blieb die erhoffte finanzielle Förderung aus. Einen Ausweg sah OLG-Rat Clausen in der Aufgabe der verbliebenen Selbständigkeit: *In einer Zeit, wo nicht nur im Reiche und in den öffentlichen Selbstverwaltungskörperschaften, sondern auch weitgehend in den privaten Betrieben, Bünden und Vereinen das Führerprinzip durchgeführt worden ist, ist das Waisenhaus in dem es vertretenden Waisenhauskollegium bei dem kollegialen Prinzip stehen geblieben. Das hat sich [...] vielfach als hemmend erwiesen. [...] Heute denkt man anders. Eine Körperschaft soll einen Geist atmen und einem Willen folgen.*

Eine Entscheidung fiel schnell. Schon zum 1. Januar 1937 wurde das Waisenhaus verwaltungsmäßig der NSV übergeben. Die Angliederung an und schließliche Übernahme durch die NSV muss hauptsächlich dem Drängen auf Gleichschaltung der Anstaltserziehung wie auch der ausgeprägten finanziellen Abhängigkeit zugeschrieben werden. Es ist aber nicht zu verkennen, dass die Verantwortlichen der Waisenhausstiftung ihre anfängliche Distanz zum Nationalsozialismus und seinen Erziehungszielen aufgaben.

Im Jahr 1952 wurde die Selbständigkeit der Waisenhausstiftung wieder hergestellt und später bis vor wenigen Jahren unter dem Namen *Celler Ev. Kinderheim* fortgeführt.

Lit.: Rohde 1994, 115-122.



Cellesche Zeitung und Celler Beobachter

Betrachtet man die Celler Presse im Nationalsozialismus sind zwei Zeitungen wichtig: die *Cellesche Zeitung* (CZ) und der *Celler Beobachter* (CB).

Die CZ wurde 1817 als *Zellescher Anzeiger* gegründet, erlebte einige Namenswechsel und trägt ab 1869 den Namen *Zellesche Zeitung und Anzeigen*. Seit 1942 trägt sie den heutigen Namen.

Die NSDAP hatte für die Region Hannover seit 1925 mit dem *Niedersächsischen Beobachter* eine eigene Wochenzeitung und ab 1931 mit der *Niedersächsischen Tageszeitung* (NTZ) eine eigene Tageszeitung. Nach dem Celler Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 wurde hier der Wunsch nach einem eigenem Parteiorgan laut: Ab August 1932 erschien der CB als Nebenausgabe der NTZ, zuerst einmal, dann zweimal pro Woche. Verantwortlich für den Celler Teil war anfangs Walther Pakebusch. Nach der „Machtergreifung“ erlebte der CB einen raschen Aufstieg und erschien schließlich ab Juni 1933 täglich. Ab 1937 erschien er als selbständige Nebenausgabe der NTZ mit dem Untertitel „Amtliches Organ der NSDAP und der Behörden des Stadt- und Landkreises Celle“. 1943 musste der CB das selbständige Erscheinen aufgrund der Kriegslage einstellen.

Die CZ verfolgte spätestens seit den letzten Jahren der Weimarer Republik einen bürgerlich-nationalen Kurs, gemischt mit antidemokratischen und völkischen Ressentiments. Traditionell nach rechts neigend, bot sie also Anknüpfungspunkte an nationalsozialistische Politik, die NSDAP wurde aber von der CZ weder hofiert noch bekämpft.

Auf die offizielle Linie der NSDAP schwenkte die CZ erst nach der „Machtergreifung“ ein. Jetzt ging es aber offensichtlich sehr schnell: Am 1. Februar wurde Kreisleiter Pakebuschs Rede auf Hitler, die er am 31. Januar gehalten hatte, zitiert, und auch im Wahlkampf zu den Reichstagswahlen im März 1933 wurde die NSDAP von der CZ unterstützt. Tonfall und Leitartikel der CZ zeigten deutliche Sympathien für die





neuen Machthaber. Diese inhaltliche Ausrichtung sowie das generelle Vorgehen des Gauleiters Telschow, eher die bürgerliche Heimatpresse zu nutzen als sie zu zerschlagen, wobei Notverordnungen und Gesetze das Pressewesen betreffend ihr Übriges taten, hatten zur Folge, dass die CZ während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus erscheinen konnte. 1934 vermeldete Landrat Heinichen über die Celler Zeitungen:

Sie alle stehen hinter der Regierung und bemühen sich, das Gedankengut des Nationalsozialismus der Bevölkerung immer näher zu bringen.

Nachdem der CB nicht mehr selbständig erschien, wurde er mit der CZ (zwangs-)vereinigt, die CZ trug jetzt den Untertitel „Celler Beobachter. Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP.“ 1944 war die CZ die zweitgrößte Tageszeitung in Nordostniedersachsen geworden.

Im Januar 1945 begann die CZ mit dem Abdruck des Romans „Der Wehrwolf“ von Hermann Löns, offenbar „um ihre Leser auf kommende Schrecken einzustimmen und ihren Willen zum Durchhalten zu stärken“ (Bertram). Durchhalteparolen und „Erfolgsmeldungen“ kennzeichnen auch Überschriften von Januar bis April 1945. Am 7. April 1945 z.B. hieß es: „Allen Gewalten zum Trotz – Von der moralischen Kraft zum Siege“. Wozu diese „moralische Kraft“ fähig werden sollte, zeigten die Ereignisse in Celle am 8. April und den darauf folgenden Tagen.

Die CZ wurde noch im April durch die britische Militärregierung verboten und Verleger Ernst Pfungsten kurzzeitig interniert. Ab September 1949 durfte die CZ wieder erscheinen.

Lit.: Bertram o.J.; Bösch 2002; Möller/Polster 2003; Stein 1994, 85-91, 144-159.

Linke Seite: Schlagzeile aus der CZ v. 13.11.1933; oben: CB v. 1938; unten: CZ und CB vereinigt v. 1943.



Mitteldeutsche Spinnhütte

Atomforschung in Celle

Im Juni 1928 wurde die Genossenschaft *Spinnhütte Seidenspinnerei und -weberei* von Hannover nach Celle verlegt. Da die Genossenschaft scheiterte, wurde Ende 1931 schließlich das *Seidenwerk Spinnhütte AG* ins Leben gerufen. Die Qualität der hergestellten Stoffe war so gut, dass bereits 1932 die Lieferung von Seide für die Produktion von Fallschirmen angefragt wurde.

Mit der "Machtergreifung" änderte sich vieles für das Unternehmen, weil das Deutsche Reich auch auf dem Gebiet der Seidenproduktion autark werden wollte. Aus diesem Grund wurde im April 1933 die *Deutsche Studiengesellschaft für Seidenbau e.V.* mit Sitz in Celle gegründet, um die wissenschaftlichen Grundlagen für einen Ausbau des Seidenbaus zu schaffen. Celle war zur „Stadt der deutschen Seide“ geworden.

Die Spinnhütte sollte nun einen rasanten Aufschwung erleben: Das Reichsluftfahrtministerium hatte im Zuge der Aufrüstung einen kaum zu befriedigenden Bedarf an Fallschirmseide, und die Spinnhütte konnte mittlerweile die benötigte Qualität liefern. Das Ministerium wurde zum wichtigsten Kunden.

In der Folgezeit wurden sieben Zweigwerke gegründet, Celle blieb aber Hauptsitz des Unternehmens. Für die Hauptverwaltung wurden Gebäude in der *Georg-Wilhelm-Straße* errichtet, in denen heute das Landessozialgericht untergebracht ist. Bis 1937 hatte sich das Unternehmen zum bedeutendsten



industriellen Arbeitgeber in Celle entwickelt, und ihm wurde der Titel eines "NS-Musterbetriebes" verliehen.

Im Unternehmen sollte eine "vorbildliche" nationalsozialistische "Betriebsgemeinschaft" aufgebaut werden: Werkszeitung, Sport, Urlaubsreisen, "Betriebsappelle", "Eheweihen", "Lichterabende" uvm. Dazu sollte auch eine "Gefolgschaftssiedlung" gehören: In Vorwerk ent-

stand 1937-1939 für Werksangehörige die *Webersiedlung* mit 50 Häusern.

Aus der Studiengesellschaft war eine Reichsforschungsanstalt geworden, die 1940 in einen neugebauten Gebäudekomplex in der *Dörnbergstraße* einzog, ein „Bollwerk des Vierjahresplans“ (*Celler Beobachter*). 1942 zur „Reichsforschungsanstalt für Kleintierzucht“ erweitert, wurde aus dem Institut nach 1945 eine „Bundesforschungsanstalt“.

Aus der Aktiengesellschaft war 1939 die *Mitteldeutsche Spinnhütte GmbH* geworden. Mit Beginn des Krieges setzte für die Spinnhütte eine neue Entwicklungsphase ein: Sie übernahm 1940 die zentrale Beschaffung von Fallschirmseide für das Luftfahrtministerium. Bereits jetzt machte sich auch Arbeitskräftemangel bemerkbar, und es wurden die ersten 50 Zwangsarbeiter aus Polen dem Unternehmen zugeteilt, 1942 kamen 100 Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion. Die ZwangsarbeiterInnen waren in eigenen Lagern untergebracht.

1943 wurde die Spinnhütte zum „Kriegsmusterbetrieb“ erklärt, neben dem Volkswagenwerk der einzige im Gau Ost-Hannover.

1945 erließen die Briten für den Rüstungsbetrieb sofort ein Produktionsverbot. Später konnte das Unternehmen die Produktion aber wieder aufnehmen.

Die Spinnhütte ist auch eng mit einer weiteren Episode Celles im Nationalsozialismus verbunden: der Atomforschung. Weil Celle von Bombenangriffen verschont geblieben war und der Bau wehrtechnischen Bedürfnissen angepasst war, wurden Ende 1944 Teile der deutschen Atomforschung auf das Gelände der Spinnhütte verlegt, u.a. eine Zentrifuge zur Trennung von Uranisotopen. „Erfolg“ war allen diesen Forschungen nicht mehr beschieden. Am 16. April 1945 wurden in Celle alle beteiligten Wissenschaftler von einer amerikanischen Spezialeinheit festgenommen und das Labor beschlagnahmt.

Lit.: Bertram o.J., 211-223; Möller/Polster 2003 [Schaaf S. 44-46]; Stumpf 1995. Links: Das Betriebsgelände, heute *Am Wasserturm*; rechts: Betriebsfeier mit Transparent „Führer befiehl, wir folgen!“



Militäranlagen

Die Militarisierung des Deutschen Reichs war die Basis für den Wirtschaftsaufschwung, den Celle in den ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft zu verzeichnen hatte. Hatte der Standort Celle Anfang 1933 nur rund 300 Soldaten, waren es sechs Jahre später knapp 3000, so dass Friedrich Schirmer 1937 in seinem *Celler Soldatenbuch* triumphieren konnte:

Als der Führer am 16. März 1935 dem deutschen Volk die Wehrfreiheit wiedergab, da jubelte Deutschland ihm zu. [...] Celle erhielt seine alte Bedeutung als Garnisonsstadt wieder.

Schon 1933/34 war der Fliegerhorst Wietzenbruch gebaut worden, zunächst unter der Tarnung der zivilen *Deutschen Verkehrs-Fliegerschule GmbH*. Der Fliegerhorst wurde offiziell im März 1935 von der Luftwaffe als Richthofen-Kaserne übernommen. Hier war u.a. das Stuka-Geschwader 77 beheimatet, gegen Ende des Krieges wurden in den Hallen sogar Flugzeuge gefertigt.

Bereits Ende der 1920er Jahre bot die Stadtverwaltung Celle als Standort einer Munitionsanstalt an, aber erst 1932 wurde beschlossen, dass diese auf dem ehem. Truppenübungsplatz bei Scheuen eingerichtet werden soll. Die Heeresmunitionsanstalt Scheuen entstand dann 1934.

In die nach dem Brand 1929 wiederaufgebaute und 1936 erweiterte *Cambridge-Drägoner-Kaserne* in der Hannoverschen Straße kam eine Artillerie-Abteilung. In der *Großen Infanteriekaserne*, der *Heidekaserne*, lag das I. Bataillon des Infanterieregiments 73, genannt das *Heidebataillon*. Während des Krieges war hier auch ein Arbeitskommando des Kriegsgefangenenlagers Fallingbostal untergebracht.



An der *Hohen Wende* entstand die *von-Seeckt-Kaserne*, in der als modernster Wehrmachtstruppenteil zunächst im Oktober 1937 die *Nebel-Lehr- und Versuchsabteilung* untergebracht wurde, die Kaserne wurde deshalb auch *Nebellkaserne* genannt.

Mit der Tarnbezeichnung "Nebelwerfer" wurden die Geschosswerfer der Wehrmacht benannt, die zur Bekämpfung von Flächenzielen durch Granatenfeuer eingesetzt wurden.

Ein gutes Jahr später folgte – nach der Erweiterung des Kasernengeländes und dem Bau weiterer Gebäude – die sogenannte *Heeresgaschutzschule*. Alle Wehrmachtangehörigen sollten sie während ihrer Dienstzeit wenigstens einmal durchlaufen. Das Schulpersonal wurde feierlich von Militär und NSDAP-Formationen auf der Stechbahn begrüßt. Kreisleiter Passe begrüßte die neuen Soldaten in Celle:

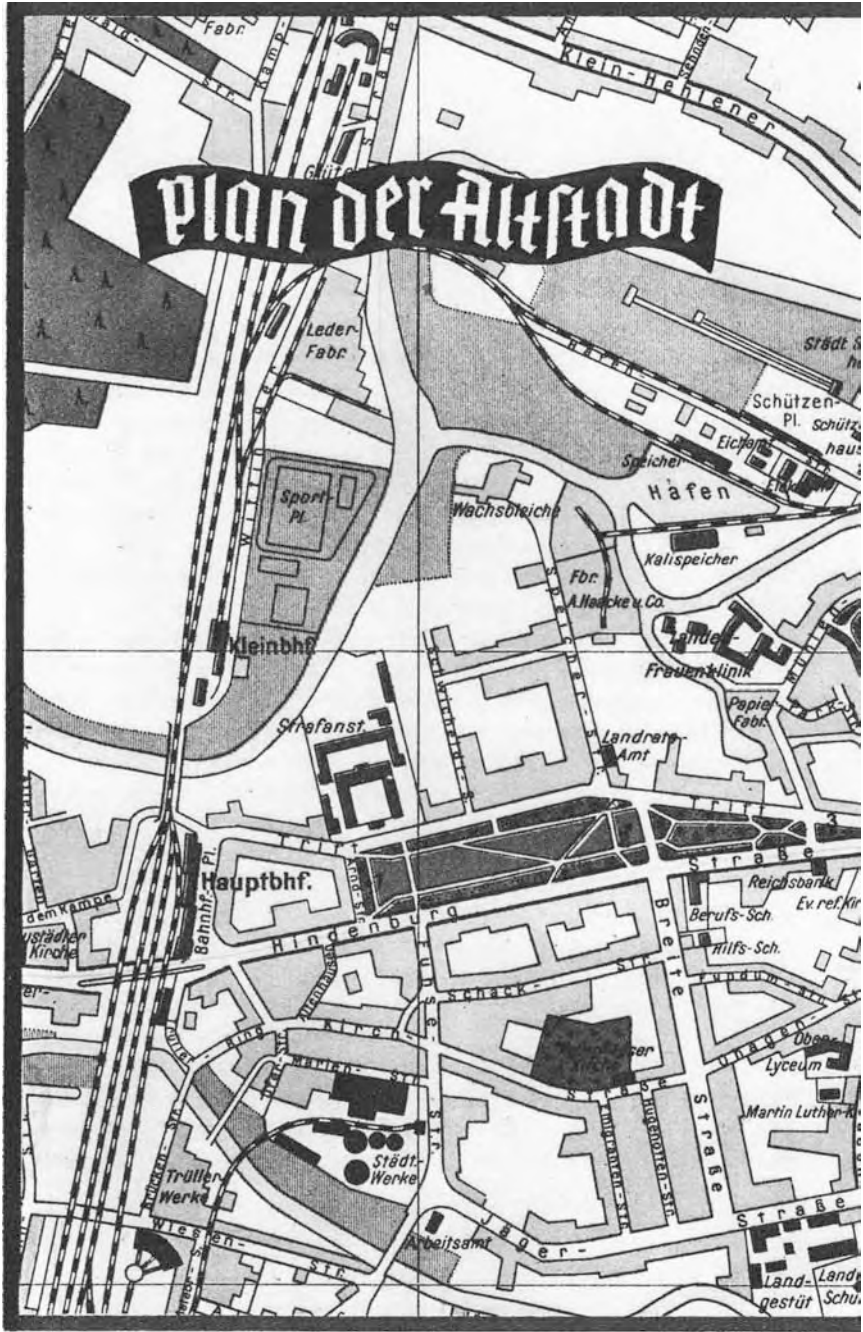
Der deutsche Mensch ist stolz auf unsere herrliche, machtvolle Wehrmacht. So ist es auch in Celle. Unsere Männer und Frauen, Jungen und Mädels sind stolz auf ihre Infanterie, ihre Artillerie, ihre Flieger und ihre Soldaten der Nebel-Lehr- und Versuchsabteilung. Und so soll und wird es auch sein mit den Offizieren und Soldaten der Heeres-Gas-Schutzschule. Sie werden bald eingeschlossen sein in diese Liebe und Wertschätzung.

Mitte der 1930er Jahre war das Militär zum wohl wichtigsten Wirtschaftsfaktor in Celle geworden: Das Celler Baugewerbe profitierte von dem Bau der neuen Militäranlagen sowie dem ganzen Wohngebiete, die durch die Verstärkung der Garnison nötig geworden waren, und Handel und Gewerbe von der Kaufkraft der neuen Bewohner, auch wurden Celler als Zivilangestellte beschäftigt.

Lit.: Bertram o.J., 140, 200-208, 290; Schirmer o.J., 139; Möller/Polster 2003, 104-105, 125.

Linke Seite: "Celle - Kaserne", zeitgenöss. Postkarte von der *von-Seeckt-Kaserne*; rechts oben und mitte: Soldaten in Celle im *Celler HeimtKalender auf das Jahr 1941*; rechts unten: Das 1936 an der CD-Kaserne eingeweihte Artilleristen-Denkmal, das heute am Garnison-Museum steht.





Plan der Altstadt

Fabr.

Klein-Händler

Leder-Fabr.

Sport-Pl.

Kleinbhf.

Wachssteich

Speicher

Häfen

Fbr. A. Macke u. Co.

Freudenklinik

Landrats-Amt

Strafanst.

Hauptbhf.

dem Kamp

Märstädter Kirche

Bahnpl.

Hindenburg

Straße

Reichsbank

Berufs-Sch.

Hilfs-Sch.

Obere Lyceum

Martin Luther-Kirche

Trüller-Werke

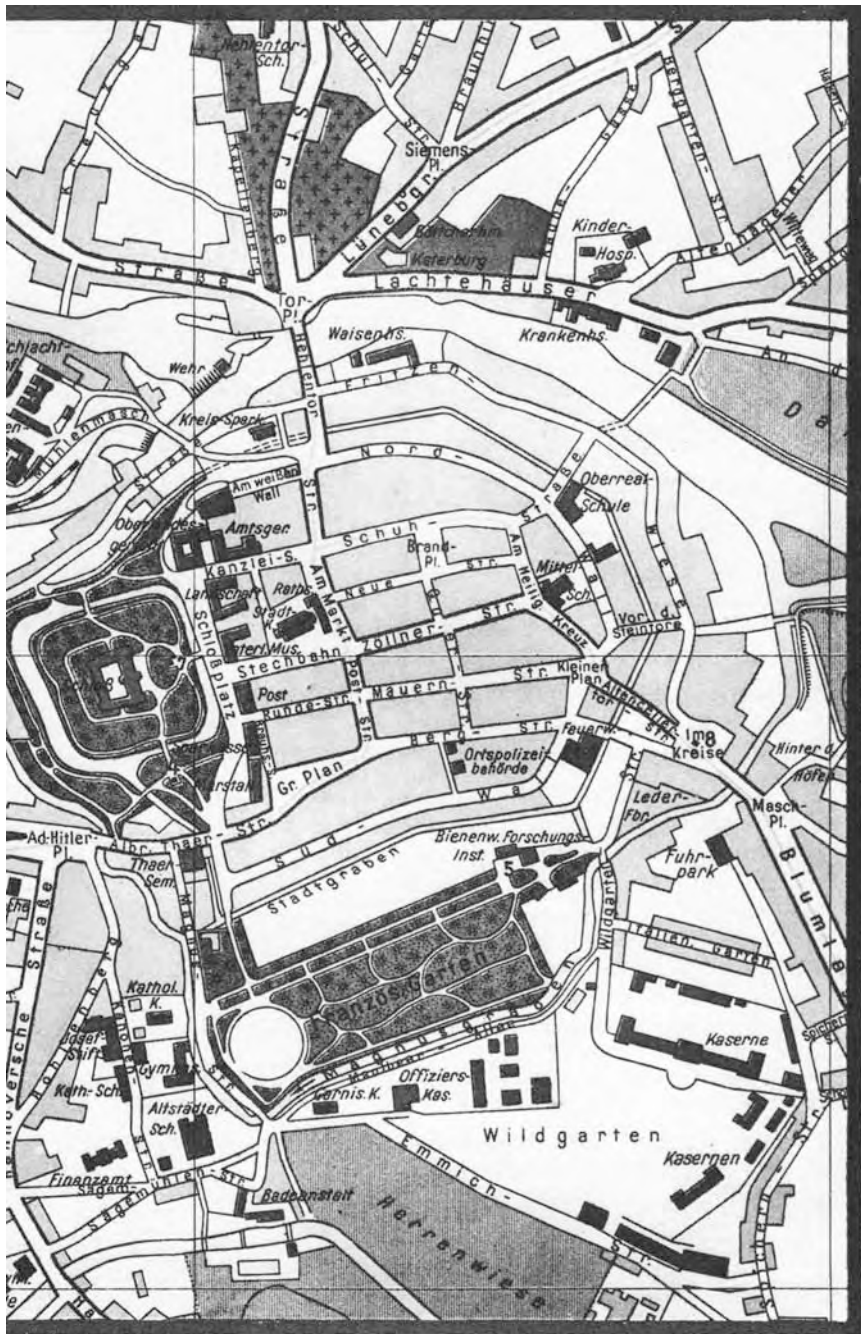
Städt.-Werke

Wiesen-Str.

Arbeitsamt

Jäger-Str.

Land-Landgestüt. Schu.





Oben: Industrieausstellung auf der *Stechbahn*.

Mitte: Fahenschwenker auf der *Blumlage*.

Unten: Vorführung "Partei und Leibesübung" im Rahmen des Kreisparteitages 1938 auf der *Kanzleistraße*.

Seite 40/41: Stadtplan aus der Fremdenverkehrsbroschüre "*Celle. Die alte Herogstadt der Heide*" aus dem Jahr 1936.

Die jüdische Bevölkerung Emigration oder Tod

DIE PUPPE VON MAJDANEK.
(Ein Idyll aus Deutschlands großer Zeit)

Erna Schulze spielt mit einem Püppchen,
Papa schickte es von Majdanek;
Mutter Schulze kocht dem Kind ein Süppchen,
Und sie spricht zu ihrem kleinen Schneck:

"Vormals hat mit dieser. schönen Puppe
Rosa Cohn vom Nachbarhaus hantiert;
Rosa Cohn gehörte zu der Gruppe,
Die Papa getreulich liquidiert.

Schweren Dienst tut Papa in der Ferne,
Doch er denkt an Dich trotz aller Müh'
Wenn Du abends zählst die Sterne,
Wenn Du aufstehst morgens in der Früh.

Musst du Deinem lieben Papa danken,
Der dem Führer weihte Herz und Hand;
So wie er darfst Du nicht wanken,
Wenn es geht um unser Volk und Land."

Die Synagoge

Die Celler Synagoge wurde im Jahr 1740 im Hinterhaus der Gebäude *Im Kreise 23/24* errichtet. Die beiden Vorderhäuser wurden als jüdisches Schulhaus und als Wohnungen genutzt. Der im Stil des Spätbarock ausgestattete Innenraum wurde 1883 umfassend renoviert, wobei u.a. die Erweiterung der Frauenempore und die Bleiverglasung der Fenster mit farbigen Scheiben erfolgte.

Die jüdische Gemeinde Celles umfasste im späten 19. Jahrhundert etwa 110 Personen. Im Jahr 1933 war die Zahl der Gemeindemitglieder auf etwa 70 gesunken; im November 1938 lebten noch knapp 40 Jüdinnen und Juden in Celle. Viele waren wegen der Diskriminierungen emigriert oder in die Großstädte gezogen.

Die Vorgänge in der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 sind nach 1945 nicht gerichtlich untersucht worden, aber im wesentlichen bekannt. Nach einer abendlichen NS-Feier zum Gedenken an den “Marsch auf die Feldherrenhalle“ am 9. November 1923 im Zentrum

der Stadt wurde die Celler SA alarmiert, die gegen drei Uhr morgens die Einrichtung der Synagoge mit Äxten der Feuerwehr zerstörte.



Die Thorarollen und alles Kultgerät wurden auf die Straße geworfen und am Morgen mit dem Rest der Gemeindebücherei von der Polizei in den Hof des Gerichtsgefängnisses gebracht. Die Synagoge wurde nicht in Brand gesteckt, weil sonst auch die Nachbargebäude gefährdet gewesen wären.

Fast alle männlichen Mitglieder der jüdischen Gemeinde wurden am 10. November verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verbracht. In den Folgetagen wurde Juden jegliche Führung von Geschäften verboten. Im Laufe des Monats Dezember wurden sie entlassen, um nach dem gesetzlich verordneten “Ausschluss aus dem Wirtschaftsleben“ die erforderlichen Geschäftsaufösungen juristisch bewerkstelligen zu können.

In der Nacht zum 10. November 1938 wurde ich telefonisch von der Führung der SA-Standarte 77 angewiesen, mich mit meinem Wagen in Zivil sofort bei den Geschäftsräumen der Standarte einzufinden. Dort angekommen, wurde mir eröffnet, und zwar von jemandem, der der Führung der Standarte angehörte - Namen und Person sind mir heute nicht mehr erinnerlich - es sei vom Führer aus Anlass der Ermordung des Botschaftsrates vom Rath eine Gross-Aktion gegen die Juden angeordnet worden, über deren Art nichts Näheres gesagt wurde. Ich hätte eine Reihe von Fackeln, welche inzwischen in den Wagen geladen wurden, zu einem Sammelplatz in der östlichen Stadt zu fahren. Trotz gewisser Bedenken, welcher Art die geplante Aktion sein könne und trotz meiner persönlichen Abneigung, mich selber an Aktionen dieser Art überhaupt zu beteiligen, führte ich den Befehl aus. An der Sammelstelle war eine grosse Anzahl von Personen in Zivil, in denen ich durchweg Angehörige der Celler SA erkannte, ohne mich heute noch auf einzelne Personen besinnen zu können. An diese wurden die Fackeln verteilt. Ich folgte ihnen mit meinem Wagen und stellte fest, dass sie die Synagoge, deren Lage mir bis dahin nicht bekannt war, aufbrachen und in Brand setzten. Allerdings wegen der Feuergefahr für die benachbarten Häuser bald wieder löschten. Auf der Rückfahrt nach Hause stellte ich fest, dass auch mehrere jüdische Läden geplündert wurden.

Schriftliche Stellungnahme von Dr. Kurt Blanke am 20.10.1945

Ab 1942 diente das Schulhaus im Vordergebäude als so genanntes "Celler Judenhaus". Von hier wurden z.B. Oskar und Nanny Salomon 1943 nach Auschwitz deportiert.

Nach dem Ende des Krieges wurden die von der Britischen Militärregierung beschlagnahmten Gebäude von den zweitweise über 1000 in der Stadt lebenden ehemaligen Belsen-Häftlingen wieder mit jüdischem Gemeindeleben erfüllt. Als 1950 die Rückkehr dieser Menschen in ihre Heimat oder ihre Emigration in die USA oder nach Israel abgeschlossen war, wurde die Synagoge lange Jahre kaum genutzt; seit ihrer Renovierung 1973/74 dient sie als Ausstellungs- und Veranstaltungsraum und wird seit einigen Jahren auch wieder von einer jüdischen Gemeinde genutzt.



Lit.: Gesellschaft 2005; Handbuch 2005; Lindemann 2004; Roberg 2005; Streich 1996; Stadt Celle 1974.

Jüdischer Friedhof

1692 wurde den Celler Juden ein Gelände an der heutigen Straße *Am Berge* für die Anlage eines Friedhofs zugewiesen. Der älteste, noch erhaltene Grabstein stammt aus dem Jahr 1705. Da die Gräber vor Ver-

wüstungen nicht sicher waren, wurde nach einer festen Einfriedung 1741 ein kleines Wächterhaus errichtet. 1911 wurde die von Otto Haesler entworfene Friedhofshalle (Foto etwa 1943) erbaut.

In der Pogromnacht wurde die Friedhofshalle verwüstet. Dürckfelden berichtet, dass die Bleiverglasung, ein Kronleuchter und drei Glastüren zerschlagen worden seien. Der Friedhofswächter verhinderte, dass die Grabsteine umgestoßen wurden.

Nach Kriegsende wurden bis 1953 auf dem jüdischen Friedhof einige verstorbene Angehörige der von DPs neu gegründeten jüdischen Gemeinde bestattet.

Da nach Auffassung des Celler Hochbauamtes die Friedhofshalle nicht als Baudenkmal anzusehen war, wurden 1974 die Friedhofshalle und das Wächterhäuschen abgerissen.

“Kein jüdischer Friedhof in ganz Niedersachsen wird so oft zerstört“, schrieb die Journalistin Annegrit Eichhorn, nachdem im

September 1986 Grabsteine umgestoßen und mit Hakenkreuzen beschmiert worden waren - eine antisemitische Aktion, die sich im März 1992 wiederholte.

Lit.: Glatter 1977; Handbuch 2005, 414-415; Lindemann 2004, 84-89; Obenaus 1985, 86.



Juden in der Blumlage

Im September 1935 veröffentlichte ein der CZ beigelegtes Flugblatt der NSDAP mit der Überschrift "Achtung! Juden in Celle" die Namen aller jüdischen Geschäfte in der Stadt. Genannt wurden auch der Altwarenhändler Schul (*Maschplatz* 4) und der Knochenhändler Salomon (*Maschplatz* 3). Ein weiteres von Jüdin betriebenes Gewerbe am Eingang zur Blumlage wurde nicht erwähnt: das von Jenny Schlüsselburg geleitete Bordell *Hinter den Höfen* 4.

Über ihre Schicksale ist weniger bekannt als über jene der Inhaber der etablierten Innenstadtgeschäfte. Der polnische Altwarenhändler Mendel Schul (geb. 1888) war im Oktober 1938 im Rahmen der reichsweit beabsichtigten Abschiebung polnischer Staatsbürger inhaftiert worden; nach dem Abbruch der Aktion kehrte er Anfang 1939 nach Celle zurück und lebte dann im so genannten "Judenhaus" *Im Kreise* 24. Er wurde nach Buchenwald deportiert, wo er 1942 starb. Seine Frau Berta (geb. 1900) ging 1940 nach Hannover; sie starb im KZ Stutthof. Die Kinder Adolf (geb. 1924) und Regina (geb. 1926) waren 1939 nach England emigriert

Henry Salomon (geb. 1886) musste sein Geschäft zum 1.1.1939 aufgeben; er wurde im März 1943 deportiert und starb im KZ Theresienstadt.

Jenny Schlüsselburg (geb. 1881) wurde im März 1943 deportiert und im September in Auschwitz ermordet.

Lit.: Krizsan 2004, 37-39; Machnert 2000, 219-221.



Schuhhaus Salomon

Seit 1910 bestand, zunächst in der *Poststraße* 4, dann ab 1914 in der *Zöllnerstraße* 35 und schließlich ab 1929 in der *Poststraße* 7 das Schuhgeschäft von Oskar Salomon (geb. 1878). Es führte die Schuhmarke *Schloss-Stiefel* wie auch die *Herz-Stiefel* des jüdischen Schuhfabrikanten Herz.



Am 1. April 1933 war das Geschäft wie andere jüdische Betriebe von der Boykottaktion der NSDAP betroffen. In der Pogromnacht wurden die Fenster des Geschäfts zerschlagen und Waren auf die Straße geworfen.

Zusammen mit seinem Sohn Hans wurde Oskar Salomon am 10. November 1938 verhaftet und über die Staatspolizeibehörde Lüneburg in Hamburg-Harburg ins KZ Sachsenhausen gebracht. Im Dezember wurde er entlassen. Salomon ver-

kaufte 1939 seine Immobilien und plante mit seiner Frau Nanny (geb. 1880) die Ausreise. Aber dazu kam es nicht. Bis zu ihrer Deportation am 10. Juli 1942 lebten sie im so genannten "Celler Judenhaus", *Im Kreise* 24. Beide wurden in Auschwitz ermordet.

Grete (geb. 1909), die Zwillingsschwester von Hans, war als Kindergärtnerin in Berlin einem Berufsverbot ausgesetzt und emigrierte 1936 nach Südafrika. Der älteste Sohn Gerhard (geb. 1907), der bis zuletzt im väterlichen Geschäft tätig war, folgte ihr 1937.

Lit.: Maehnert o.J., 36-41; Obenaus 1985, 85.

oben links: Poststraße während eines Kreisparteitages der NSDAP, links ist das Firmenschild des Schuhhauses zu erkennen.

links: Leuchtreklameschild des Schuhhauses Oskar Salomon um 1932.



Herrenmodengeschäft Hasall

Seit 1932 betrieb Hans Salomon (geb. 1909), Sohn von Oskar Salomon, in der *Poststraße* 4 das Herrenmodengeschäft Hasall). Das Foto zeigt das Geschäft auf der Ecke *Großer Plan* / *Poststraße* in den frühen 1930er Jahren.

In der Pogromnacht 1938 wurden auch bei *Hasall* die Fenster demoliert und Einrichtungsgegenstände und Waren auf die Straße geworfen.

Hans Salomon wurde am 10. November 1938 verhaftet und über die Staatspolizeibehörde Lüneburg in Hamburg-Harburg ins KZ Sachsenhausen gebracht. Im Dezember wurde er entlassen. Seine Frau Berta (geb. 1919) hatte inzwischen die Ausreise nach Shanghai beantragt. Im Februar 1939 verließ sie mit ihrem Mann Deutschland. Im August 1940 konnten sie mit ihrer Tochter Ingeborg (geb. 1934) in die USA einreisen.

Lit.: Maehnert o.J., 36-41; Obenaus 1985, 85; Roberg 2005, 82-91.



Karl Dürkefälden berichtet in seinem Tagebuch über die Situation bei *Hasall* am 10. November 1938 folgendes:

Als ich nach 5 Uhr nachmittags aus dem Geschäft kam, waren alle jüdischen Schaufenster mit Brettern zugenagelt, man konnte nur noch erkennen, daß auch nicht die kleinste Nebenscheibe geschont war. Unser Betriebsleiter [Hildebrandt] war vor 7 Uhr durch die Stadt gefahren. Die Schube lagen bei Salomon bis auf der Straße zwischen den Geleisen [der Straßenbahn]. Die angezogenen Puppen [Figuren], die bei Hasall auf dem Fußweg lagen, hätten in der Dämmerung gewirkt wie Leichen.

Obenaus 1985, 85.



Hamburger Engros Lager

Seit 1881 betrieb die Isidor Meyer (geb. 1849) am *Großen Plan* 3 ein Wäsche- und Aussteuergeschäft, das im Laufe der Zeit zu einem regelrechten Kaufhaus, dem *Hamburger Engros Lager*, wurde. Nachdem er das Nebengebäude erwerben konnte, ließ er 1905 an Stelle der zwei Fachwerkhäuser ein "imposantes und stilvolles Geschäftshaus" (CZ) errichten (siehe Foto). Zu diesem Zeitpunkt waren in der Firma 30 Angestellte beschäftigt, bei 300 Kunden täglich. - Isidor Meyer war Mitglied in verschiedenen angesehenen Vereinen und von 1900 bis 1913 Vorsteher der Israelitischen Gemeinde Celles.

Sein Sohn Robert (geb. 1874) übernahm 1913 die Firma. 1928 gab er das Geschäft angesichts der durch die Ansiedlung von Karstadt entstandene Konkurrenz auf und verpachtete die Geschäftsräume an Karstadt, die in dem Gebäude *Großer Plan* 2/3 ein Möbelhaus einrichteten. Dort

war Robert Meyer bis zum erzwungenen Ausscheiden 1933 Geschäftsführer.

Nach der Pogromnacht wurde Meyer zum Verkauf seines Hauses an die Stadt Celle gezwungen. Doch die Abwicklung verzögerte sich - auch durch Verschulden der Stadt -, so dass er den letztmöglichen Zeitpunkt für eine Emigration verpasste. Am 16. März 1943 wurde er deportiert und am 31. August 1943 im Konzentrationslager Auschwitz ermordet.

Lit.: Obenaus 1996a; Machnert o.J., 27-32.



Julius Wexseler Textilgeschäft

Julius Wexseler (geb. 1871) eröffnete 1905 in der *Rundestraße* 14 sein erstes Ladengeschäft für Textilien und Manufakturwaren. Im selben Jahr heiratete er seine Frau Anna (geb. 1882), eine Christin, mit der er zwei Kinder, Alexander und Rosa, hatte. Im Jahr 1910 zog er in ein modernes Geschäftshaus in der *Hehlentorstraße* 14 um, das der Firma Freidberg gehörte. Er betrieb nebenbei einen Versand- und auch Wanderhandel.

In den Jahren nach 1933 intensivierte der Kaufmann sein Wandergewerbe. Im Jahr 1936 wurde er in Eldingen zweimal von einem Melker antisemitisch beleidigt und tätlich angegriffen, wie ein Polizeibericht belegt. Im selben Jahr sollen ihm Bauernburschen in Hankensbüttel den Motor seines Autos zerstört haben, indem sie Zucker in den Benzintank streuten. Als er sie zur Rede stellte, soll er verprügelt worden sein.

Zum 1. Januar 1939 musste Wexseler aufgrund der *Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben* sein Gewerbe aufgeben, sein Warenlager wurde "arisiert". Die Wexseler zogen daraufhin in eine Wohnung in der *Fuhrberger Landstraße* 96.

Julius Wexseler arbeitete bis zur Verhaftung und Deportation des Ehepaars am 12. September 1944 in der Bettenfabrik Altona-Celle. Julius Wexseler wurde im KZ Sachsenhausen ermordet, seine Frau Anna im KZ Ravensbrück. Der Sohn Alexander (geb. 1906) wurde von Osnabrück aus deportiert und starb im KZ Salaspils/Riga, die Tochter Rosa Kameinsky (geb. 1909) überlebte versteckt in Ostpreußen und emigrierte in die USA.

Erst im Jahr 2001 wurde wiederentdeckt, dass Julius Wexseler im Jahr Schützenkönig von Neuenhäusern (siehe Foto) geworden war; sein Name war nach 1933 aus den Königslisten des Schützencorps getilgt worden.



Lit.: Krizsan 2006, 43; Maehnert o.J., 43-46; Obenaus 1985, 99.

Manufaktur- und Modewaren Wolff

Im Oktober 1922 eröffnete Siegfried Wolff (geb. 1894) in der *Zöllnerstraße* 44 sein Manufaktur- und Modewarengeschäft.

In der Pogromnacht wurde das Geschäft völlig zertrümmert und geplündert. Vor dem Haus aufgetürmte Stoffe wurden von den Tätern angezündet. Wolff, der seit Dezember 1933 Erster Vorsteher der jüdischen Gemeinde war, kam ins KZ Sachsenhausen. Während seiner Haft verkaufte seine Frau Käthe (geb. 1900) Immobilie und Grundstück. Der Geschäftsbetrieb wurde am 20. November 1938 eingestellt.



Nach seiner Haftentlassung und bis zu ihrer gemeinsamen Emigration im Mai 1939 lebte das Ehepaar noch in einer Wohnung im ersten Stock des Hauses. Zusammen mit ihrem Sohn Herbert (geb. 1925) emigrierten sie nach Panama, wo sie erst 1945 mit den Töchtern Gerda (geb. 1923) und Eva (geb. 1928), die mit einem Kindertransport nach England gebracht worden waren, zusammentrafen.

Über den Morgen nach der Pogromnacht schreibt Karl Dürkefäden in seinem Tagebuch folgendes:

Am Morgen des 10. November 1938 hatte ich es wie oftmals sehr eilig, leider. Es war ¼ vor 8 Uhr. Ich kam hinter der Stadtkirche vorbei, sah in der Zöllnerstraße, Ecke Poststraße, einen Menschenauflauf. Fragte ein daberkommendes Schulmädchen, was da los sei. "Bei Wolff liegen die ganzen Sachen draußen." Ich wollte zurücklaufen, tat es leider der knappen Zeit wegen aber nicht. Sah noch ein schadenfrohes Gesicht, hörte Worte, an der Ecke läge auch alles auf der Straße, hätten aber ganze Arbeit gemacht. [...] Bei Wolff konnte man durchs ganze Haus gucken, alles zertrümmert. Die Ärmel waren aus den Kleidern gerissen, die Kragen und so auf die Straße. Die Stoffballen mit der Spitzhacke geschlagen und ebenfalls auf die Straße geworfen, die nachher noch die Mittelschüler fast die ganze Straße entlang abrollten.

Lit.: Maehnert o.J., 23-26; Obenaus 1985, 85; Roberg 2006.

Warenhaus Freidberg

Das Warenhaus Freidberg beschäftigte bis zum Zwangsverkauf im Jahre 1936 etwa 60 Angestellte. Es war vor Karstadt das größte Kaufhaus in Celle, litt aber ab 1933 unter den Boykottmaßnahmen der NSDAP, so dass die Besitzerin Ida Freidberg (geb. 1882) 1937 in die USA emigrierte.

1899 hatte Neumann Freidberg, der seit 1895 das *Berliner Warenhaus* führte *Am Markt 6* ein neues Warenhaus erbauen lassen (siehe Foto aus dem Jahr 1899). Schon 1906 konnte das Geschäft sich vergrößern. Auf dem Nachbargrundstück entstand nach den Entwürfen Otto Haeslers ein moderner Wohn- und Geschäftskomplex, in den 1922 noch das Gebäude *Am Markt 4* einbezogen wurde.

Nach dem Tod der Brüder Neumann und Alex führte Ida Freidberg das Geschäft ab 1931 allein. Sie verkaufte 1936 an die Firma *Goedecke und Mittelman*, die ihrerseits den Gebäudekomplex an die Stadt weiterverkaufte. 1950 stellte die ehemalige Besitzerin einen Antrag auf Vermögensrückerstattung, der mit einem Vergleich endete.



Schuhhaus Löwenstein

Seit 1910 war Jakob Löwenstein (geb. 1873) Inhaber eines Schuhgeschäfts in der *Zöllnerstraße 44*, das ab 1933 die Celler Alleinvertretung für *Salamander-Schube* hatte. Der Sohn Erich (geb. 1909) trat 1936 als Gesellschafter in das väterlicher Geschäft ein.

Bedingt durch den Rückgang des Umsatzes infolge der NS-Boykottkampagnen gegen jüdische Geschäfte mussten die Löwensteins noch vor dem Pogrom im Jahr 1938 an das "arische" *Radiogeschäft Rohde* verkaufen.

Erich Löwenstein emigrierte mit seiner Frau Lieselotte (geb. 1911) und dem Sohn Hans-Werner (geb. 1935) nach Argentinien; Jakob Löwenstein und seine Frau Lilli (geb. 1880) zogen im Oktober 1938 nach Hannover, Jakob Löwenstein starb Ende 1940 im Arbeitslager der Munitionsfabrik Liebenau, seine Frau konnte den Kindern nach Argentinien folgen.

Lit.: Maehnert o.J., 16-20; Maehnert o.J., 2-5.

Familie von der Wall

Seit 1903 war Julius von der Wall (geb. 1872) Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Celle. Schon während seiner juristischen Ausbildung war er antisemitischen Ressentiments begegnet. Als er 1912 für das Bürgervorsteherkollegium, den damaligen Stadtrat, kandidieren wollte, ließ Bürgermeister Otto Jordan verlauten, dass in Celle ein Jude für das Amt des Bürgervorstehers nicht geeignet sei. Jordan entschuldigte sich zwar bei der jüdischen Gemeinde, allerdings erst nachdem er die Wahl des Druckereibesitzers Ströher durchgesetzt hatte.



1913 wurde von der Wall Erster Vorsteher der Celler Synagogengemeinde und blieb es bis 1933.

Im April 1933 verhängte der preußische Justizminister und spätere Ehrenbürger Celles, Hans Kerrl, ein faktisches Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte. Es gab einige Ausnahmetatbestände, so dass über Monate unklar blieb, ob von der Wall weiter als Anwalt tätig sein könnte. Erst über eine Altzulassungsregelung wurde es

ihm schließlich erlaubt. In dieser Situation emigrierte Ende August 1933 seine Tochter Eva (geb. 1908) mit ihrem Mann, Walter Kauffmann (geb. 1909), nach Amsterdam. Sie hatte 1928 an der Oberrealschule, dem heutigen HBG, ihr Abitur gemacht.

Noch bevor man Julius von der Wall im November 1938 die Ausübung jeglicher anwaltlichen Tätigkeit untersagte, folgten die Eltern ihrer Tochter nach Amsterdam. Doch die Flucht konnte das Ehepaar nicht retten, Julius und Else von der Wall (geb. 1884) wurden deportiert und wie ihre Tochter Eva in Auschwitz umgebracht, ihr Schwiegersohn Walter Kauffmann starb in Bergen-Belsen.

Foto: Das Wohn- und Bürohaus in der *Mühlenstraße* 25 war 1911 von dem Architekten Otto Haesler gebaut worden. 1933/34 verkaufte von der Wall das Haus und zog in die *Schwibeldtstraße* 19a.

Lit.: Hamann 1986, 183-192; Obenaus 1996b.

Rechtsanwalt Manfred Herzfeld

Im Mai 1921 trat Manfred Herzfeld (geb. 1887) in die Celler Rechtsanwaltskanzlei von Dr. Julius von der Wall ein. Mit dem Eintritt Herzfelds wurde die Kanzlei zu einer der größten des OLG-Bezirks. Sie war lange die einzige von jüdischen Anwälten betriebene Praxis in Celle. Herzfeld, seine Frau Hedwig (geb. 1891) und die Tochter Eva (geb. 1919) wohnten zunächst *Am Bahnhof 7* (heute *Bahnhofplatz*); Ende 1930 zog sie in einen Waackschen Neubau in der *Schwicheldtstraße 19a*.

Die im April 1933 einsetzende Boykottkampagne gegen jüdische Rechtsanwälte wirkte sich drastisch auf die wirtschaftliche Situation der Rechtsanwaltskanzlei aus, so dass Herzfeld und von der Wall ihr Büro von dem Gebäude in der *Mühlenstraße* in die Wohnung Herzfelds in der *Schwicheldtstraße* verlegten.

Im August 1935 hatte Herzfeld eine konfliktträchtige Auseinandersetzung mit SA-Leuten, die ihn in Hannover am Betreten eines von einem jüdischen Inhaber geführten Zigarrenladens hindern wollten. Nachdem seine Frau und Tochter schon Ende 1933 bzw. Ende 1934 nach Palästina emigriert waren, verließ auch er "fluchtartig" Celle Richtung Jerusalem. In der Emigration arbeitete Herzfeld als Versicherungskassierer.



Gruß an Deutschland. Eine Abrechnung in Versen ist der Titel einer kleinen Gedichtsammlung, die Herzfeld 1947 in Jerusalem veröffentlichte und in der er sich mit den nationalsozialistischen Verbrechen auseinandersetzte.

Im Jahr 1950 erhielt Manfred Herzfeld das Angebot, als Anwalt in Wiedergutmachungssachen für die Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) zu arbeiten. Er kehrte zurück und war zunächst in Baden-Württemberg und ab 1953 in Berlin tätig. Ab 1956 wirkte er als freier Rechtsanwalt vor allem für die United Restitution Organization (URO). Regelmäßig schrieb er in dieser Zeit in der Zeitschrift *Rechtssprechung zum Wiedergutmachungsrecht* (RzW) Kommentare zu r aktuellen Rechtsprechung. 1968 starb Manfred Herzfeld, 1972 seine Frau Hedwig.

Lit.: Herzfeld 1947; Hamann 1986, S. 183-192.

Familie Feingersch

Isaak und Rebekka Feingersch (geb. 1885 und 1887) waren 1912 mit ihrer Tochter Marie von Odessa nach Frankfurt am Main emigriert. Dort arbeiteten die Eltern als Schlosser und Schneiderin. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 wurde die jüdische Familie verhaftet, weil sie russische Staatsangehörige waren. Um den schwierigen Lebensbedingungen im Lager Holzminden zu entkommen, wo sie interniert waren, meldete sich Isaak 1915 freiwillig zu schwerer Arbeit im Kaliwerk in Ovelgönne bei Celle. In Ovelgönne vergrößerte sich die Familie auf insgesamt sieben Söhne und drei Töchter.



Nach der Stilllegung des Kaliwerks fand Isaak Feingersch Arbeit bei der Zentralheizungsfirma Sandel in Celle. Im Juli 1937 zogen die Eltern mit Benjamin und Hermann nach Celle in das Jüdische Gemeindehaus, *Im Kreise 23*. Die anderen Kinder hatten die Familie inzwischen verlassen, um sich in verschiedenen Vorbereitungslagern auf ihre Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. So kamen fünf Söhne -

David, Moses, Rafael, Sally und Elias - rechtzeitig nach Palästina und die drei Schwestern - Marie, Fanny und Rosa erreichten Holland.

Isaak Feingersch, seine Frau Rebekka und der jüngste Sohn Hermann wurden am 2. Dezember 1941 nach Riga deportiert und kamen in ein Arbeitslager in der Nähe der Stadt. Sie wurden in den Konzentrationslagern des Ostens ermordet. - Die drei Töchter wurden von Holland aus nach Auschwitz deportiert und dort vergast: Rosa schon 1942, Fanny, ihr Mann und ihr Sohn 1944 und Marie und ihr Mann Ende Februar 1945. Benjamin überlebte Auschwitz und wanderte ebenfalls nach Palästina aus.

Lit.: Eyal 2004.

Opposition und Widerstand

DEN WENIGEN !

Nicht, die da kämpften in des Führers Schlachten
Und auf Befehl den Heldentod erlitten,
Nein, die sich selbst zum Opfer brachten,
Indem sie g e g e n Hitler stritten,
Das sind die wahren deutschen Helden.
Und Ruhm sei Ihnen, Ehr' und Dank!
In ferner Zeit noch wird die Chronik melden
Von d i e s e r Kämpfer Mut und Untergang.

Kommunistischer Widerstand

Der entschiedenste Widerstand gegen den Nationalsozialismus ging in den Jahren 1930-1934 in Celle von Mitgliedern der Kommunistischen Partei aus. Diese hatte in der Stadt Celle rund 350 Mitglieder und war 1933 mit zwei Bürgervorstehern im Stadtrat vertreten (Otto Elsner und Louis Schuld). Ihre Anhänger lebten hauptsächlich in den Stadtteilen Blumlage und Neustadt.



Die KPD bereitete sich ab 1932 auf konspirative Widerstandsarbeit vor, wobei eine ihrer Unterorganisationen, der Rot-Frontkämpfer Bund (RFB), die Führung übernahm. Die Propagandatätigkeit sollte u.a. mit einem illegalen lokalen Radiosender weiter gehen; und man bereitete sich auch auf bewaffnete Auseinandersetzungen vor.

Bei einer Durchsuchung der Gebäude und des Grundstücks in der "Masch" gelang es der Polizei jedoch schon am 18.

März 1933 Teile des Schwarzsenders und ein Waffenlager auszuheben. Insgesamt wurden 10 Gewehre, eine Leuchtpistole, ein Trommelrevolver, eine Mehrladepistole und eine Handgranate sowie Schwarzpulver und über 1000 Schuss Munition gefunden. Das im RFB-Jargon "Archiv" genannte Lager befand sich in einem Stallraum im Gebäude *Maschplatz 4*. Bei der Sanierung der Blumlage in den 1970er Jahren sind die Gebäude abgerissen worden.

Im April 1934 wurden vor dem Hintergrund dieses Fundes insgesamt 24 Celler Kommunisten vor einem Sondergericht u.a. des Hochverrats angeklagt und zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Lit.: Bahr u.a. 1981; Bertram o.J.; DKP-KV Celle 1986;

Foto: Angehörige des Celler RFB, etwa 1928.

Das "Rote Sprachrohr"

Seit Anfang 1932 wurde von der Celler KPD *Das Rote Sprachrohr* hergestellt, eine zumeist wöchentlich erscheinende Druckschrift, die - wie es in einer Anklageschrift von 1934 hieß - "neben Stadtklatsch, dessen Tendenz die Verächtlichmachung von Stadtorganen wie Bürgermeister, Polizeibeamte usw. war, auch hochverräterische Artikel enthielt". Die Zeitung erschien bis Mitte März 1933. Ein Exemplar kostete 5 bzw. 10 Pfennige. Die Auflage scheint bei etwa 500 Exemplaren gelegen zu haben.

Als Verantwortliche für die Herausgabe sah die Staatsanwaltschaft im Celler KPD-Prozess 1934 Alfred Hoßbach und Paul Hartmann an, die Illustrationen kamen von Wilhelm Ahrens. Gedruckt wurde die Zeitung in Wohnungen in der *Kirchstraße* und in der *Hugenottenstraße*. Nachdem die Razzien gegen Kommunisten sich im März 1933 häuften, vergruben Paul und Harry Schang die Druckmaschine zuerst im Garten ihrer Wohnung in der *Sankt Georgstraße* und versenkten sie dann im *Saarfeld-Graben*, damit sie den Nationalsozialisten nicht in die Hände fallen konnte.

An die 50 Celler Kommunisten wurden wegen ihres Widerstands vor Gericht gestellt und verbrachten Monate und Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern: Heinrich Schang war von 1933 bis 1944 inhaftiert und konnte, nachdem er in ein Strafbataillon an der Ostfront "entlassen" worden war, zur Roten Armee überlaufen. Willibald Löbcke gelang aus der Haftanstalt Hameln 1937 die Flucht; er schloss sich den Internationalen Brigaden in Spanien an - 1941 wurde er nach der Besetzung Frankreichs in Paris verhaftet und saß dann im Lüneburger Gestapo Gefängnis. Tragisch ist der Tod von Heinrich Eggers, der einen Tag vor der Befreiung Celle am 11. April 1945 auf der *Bahnhofstraße* von einem Nazi erschossen wurde, als er illegal Flugblätter verteilte. Der Mörder wurde nicht ermittelt.



Das Verbot der SPD

Die SPD war in der Weimarer Republik in der Stadt Celle bis zum Aufstieg der NSDAP die stärkste Partei mit 30 und 40% bei den Wahlen. Sie verfügte über ein breites Vorfeld mit eigener Zeitung, der *Celler Volkszeitung* (CVZ), und einer ihr nahestehenden Vereinswelt (Freie Turnerschaft, Gesangsverein Thalia, Volksbühne, Arbeiter-Samariter-Bund).



Nach der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten wurde die CVZ wiederholt kurzzeitig, und am 26. April endgültig verboten. Sozialdemokraten wie der Senator Ernst Schädlich oder der stellvertretende Arbeitsamtsleiter Rabe wurden aus dem Öffentlichen Dienst entfernt. Trotzdem verhielten sich viele Sozialdemokraten eher legalistisch, teilweise opportunistisch zu den neuen Machthabern.

Im Mai 1933 wurden die der SPD nahestehenden Vereine gleichgeschaltet oder verboten, schließlich sogar das Parteigebäude am *Großen Plan 22* (Foto) samt Inventar beschlagnahmt. Endgültig verboten wurde die SPD am 22. Juni 1933.

Am 2. Mai 1933 waren die *Freien Gewerkschaften* zerschlagen worden. In Celle wurden die Gewerkschaftshäuser von Mitgliedern der *Nationalsozialistischen Betriebsorganisation* (NSBO) besetzt und die Kassen beschlagnahmt. Auch das Heim der *Freien Turnerschaft* am Sportplatz an der Nienburger Straße, heute das Gebäude des *TuS Celle*, wurde an diesem Tag von den Nationalsozialisten beschlagnahmt.



Einen organisierten Widerstand gab es seitens der Celler SPD nicht. 1939 wurden allerdings auch sozialdemokratisch orientierte Arbeiter der *Sackkarrenfabrik Arvic* wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" angeklagt und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Auch der ehemalige Chefredakteur der CVZ, Albert Köhler, wurde 1938 und 1944 nach den Attentaten auf Hitler jeweils kurzzeitig verhaftet.

Lit.: Bertram o.J., 163-194; Brundiers 1994; Rohde 1983 .

Sackkarrenfabrik "Wille & Sohn"

Am 10. Mai 1939 wurden fünf Celler Arbeiter - Hermann Müller, Wilhelm Lenk, Georg Schütz, Ludwig Köhler und Karl Wallis - vom Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin der "Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens" angeklagt und beschuldigt, "durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern". Bis auf das ehemalige KPD-Mitglied Lenk hatten die Angeklagten vor 1933 der SPD angehört.

Die Männer hatten bei der *Sackkarrenfabrik Wille & Sohn* im Celler Stadtteil Heese gearbeitet. Vorgeworfen wurde ihnen vor allem die Verbreitung von Nachrichten ausländischer Sender sowie das Verweigern bzw. die "Verächtlichmachung des Deutschen Grußes". Weiter sollen sie laut Anklageschrift Verlautbarungen der NSDAP vor den Kollegen als unwahr bezeichnet und lächerlich gemacht haben. Noch 1938 soll der größte Teil der bei der Sackkarrenfabrik Beschäftigten gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sein.



Köhler und Schütz wurden freigesprochen; Müller, Lenk und Wallis schließlich wegen Vergehens gegen § 2 des "Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei" zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Hermann Müller hatte bis zu seiner Verurteilung am 27. September 1939 bereits 10 Monate Untersuchungshaft hinter sich. Die Strafe war damit eigentlich verbüßt; bis zum Januar 1942 wurde er aber weiter im KZ Sachsenhausen gefangen gehalten. In Folge der in KZ-Haft erlittenen Verletzungen war Müller linksseitig nervengelähmt und mit 53 Jahren arbeitsunfähig. - Auch Karl Wallis wurde nach seiner Verurteilung ins KZ Sachsenhausen gebracht; er berichtete u.a.:

Nachdem ich im Sept. 1939 im K.Z. Sachsenhausen eingeliefert wurde, ging mein Körpergewicht rapide zurück, sodaß ich nach einem halben Jahr bereits unter 100 Pfund war bei einer Größe von 1,79 Mtr. Dieses war bedingt durch die einseitige Ernährung; täglich Steckrübensuppe ohne Fett; und ohne jegliches Gemüse. Weiter wurde bei dieser Ernährung eine enorme Arbeitsleistung verlangt und mußte den ganzen Tag bei Heranholen von Material und sonstigen Sachen beim Rückgang ohne Material im Laufschrift durchgeführt werden.

Hermann-Billing-Schule

Obwohl die Hermann-Billing-Schule als national-konservativ ausgerichtete Oberrealschule für Jungen sich für den Nationalsozialismus und die meisten seiner Ziele offen zeigte, gab es ungewöhnlich viele disziplinarische Konflikte. Schon 1935 wurde der Direktor, Dr. Ludwig Koehler, nach Nienburg zwangsversetzt. Die NSDAP hatte zwei von ihm berufene "Jugendwalter" abgelehnt und in der Partei engagierte Personen benannt, was Koehler nur unter Protest akzeptierte. Dieser und weitere ähnliche

Konflikte, wie auch seine Weigerung beim Betreten der Klasse den Hitlergruß zu benutzen, führten zu seiner Ablösung. Im Sommer des Jahres wurde der Assessor Adolf Kraus strafversetzt, weil er den Vortrag eines Redners der Hitlerjugend-Gebietsführung vor der Elternschaft in einem Diskussionsbeitrag kritisiert hatte.

Eine regimekritische Äußerung führte drei Jahre später zur Zwangspensionierung und Strafversetzung weiterer Lehrer. Ende September 1938, während der so genannten Sudetenkrise, hatte der

Studienrat Dr. Hermann Rüggeberg mit den Worten „Da habt Ihr Euren Kriegshetzer Adolf“ den *Völkischen Beobachter* auf den Lehrertisch geworfen. Ein im Kollegium neuer Assessor erzählte zwei Monate später einem Gauschulungsleiter von dieser Äußerung, woraufhin eine Untersuchung durchgeführt wurde. Rüggeberg der Studienrat Otto Volger, wurden anschließend zwangspensioniert. Studienrat Dr. Erich Lau wurde nach Nordhorn versetzt. Der Schuldirektor Arthur Turner bat als Konsequenz der "Affäre" um die Versetzung in den Ruhestand, wurde aber wegen des Kriegsbeginns zunächst auf seinem Posten belassen und erst im Sommer 1941 auf Drängen der Celler NSDAP abgelöst. - Nach Kriegsende kehrten Rüggeberg und Volger ans HBG zurück.

Lit.: Bosse 1952; Lietz 1994.

Das oberste Giebelfenster hatte vor 1933 ein Hexagramm (Davidstern) getragen, es wurde durch das Hakenkreuz ersetzt (siehe rechts). Das Gebäude wurde in den 1970er Jahren abgerissen.



Die "Celler Judentaufe"

Das Verhältnis zwischen Kirche und nationalsozialistischem Staat war in Stadt und Landkreis Celle ambivalent. Die NSDAP versuchte über die *Glaubensbewegung Deutsche Christen* Einfluss zu nehmen. Fünf der insgesamt acht oppositionelle Pastoren der Celler Gemeinden schlossen sich 1934 in der *Bekennnisgemeinschaft der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers* zusammen.

Ein Beispiel für einen Konflikt zwischen Kirche und Partei war die so genannte "Celler Judentaufe": Im Frühjahr 1935 wandte sich die mit ihrer Familie in der *Bergstraße 10* lebende Jüdin Else Kohls (geb. 1894) mit dem Anliegen an die ev.-luth. Kirche christlich getauft zu werden. Der Pastor der Neuenhäuser Gemeinde, Wilhelm Voigt (geb. 1889), gab ihr und ihren Töchtern Edith (geb. 1920) und Lieselotte (geb. 1922) den hierzu erforderlichen Konvertitenunterricht. Voigt (Foto), der sich zur *Bekennenden Kirche* zählte, wies sie aber darauf hin, dass ihre bisherigen Glaubensgenossen sie dann wahrscheinlich ablehnen würden und sie gemäß der NS-Gesetze Jüdinnen bleiben würden. Am 7. Juli 1935 wurden Else Kohls und ihre Töchter von Pastor Voigt getauft.



Im September erschien im *Niedersachsen Stürmer*, dem Gau-Organ der NSDAP, unter der Überschrift "Judentaufe in Celle" ein Artikel, der Voigt wegen seiner Beteiligung an einem "jüdischen Betrugsmanöver" angriff, das „das nationale Empfinden der deutsch denkenden Mitglieder seiner Gemeinde aufs tiefste verletzte“. Ein Gastwirt, bei dem die ältere Tochter angestellt war, hatte den Pastor denunziert. Angehörige der *Hitler Jugend* warfen daraufhin die Fensterscheiben des Pfarrhauses ein. Die Gestapo begann mit der Überwachung des Gottesdienstes.

Edith Kohls war zu diesem Zeitpunkt bereits nach Hamburg gegangen, die Mutter und ihre jüngere Tochter waren 1937 zunächst von der *Bergstr. 10* nach Westercelle in den *Waldweg 3* gezogen, von wo aus sie nach der Pogromnacht ebenfalls nach Hamburg gingen. - Die drei Frauen wurden in Auschwitz ermordet, auch der Vater Adolf Kohls und die Großmutter Rosa Kahn starben in deutschen Konzentrationslagern.

Lit.: Bertram 1992, 166-167; Krizsan 2004, 21-22.

Zwangsarbeit und Mord

Doch am andern Tage aufs Neue
Dienen sie alle in Demut und Treue.
Sie schwingen die Peitsche, sie hetzen die Hunde,
Sie stechen, sie schießen,
Sie treten, sie spießen,
Als seien sie mit dem Teufel im Bunde.

Zwangsarbeiterlager

Während des Krieges wurden Tausende von ausländischen Arbeitern aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Sie wurden - wie auch zahlreiche Kriegsgefangene - in der Rüstungsindustrie und der Landwirtschaft, sowie in anderen Bereichen eingesetzt, wo sie den Platz der zur Wehrmacht eingezogenen deutschen Arbeitskräfte einnahmen. Zwischen 1939 und 1945 arbeiteten fast 18.000 Fremdarbeiter und Kriegsgefangene aus fast 30 Ländern im Landkreis Celle, rund 3000 davon in der Stadt Celle. Etwa die Hälfte von ihnen stammte aus Polen, ein Drittel aus den verschiedenen Teilgebieten der Sowjetunion. Untergebracht waren sie zum größten Teil in Lagern und Sammelunterkünften, von denen es etwa 165 im gesamten Kreisgebiet und noch knapp 30 in der Stadt Celle gab.



In der Stadt Celle waren polnische Zwangsarbeiter zunächst in der ehemaligen Kegelbahn der *Gaststätte Buschbueuer* in der *Windmühlenstraße* 95 untergebracht. Die *Notgemeinschaft Celler Kohlenhändler* gründete in der *Riemannstraße* ein Lager für ihre polnischen Hilfskräfte. Nach einer Göring-Verfügung vom Oktober 1940 mussten die Zwangsarbeiter geschlossen untergebracht werden. In Celle richtete man daraufhin in der *Claus-von-Pape-Halle* an der *Burgstraße* ein bewachtes Lager für 170 Männer ein

Mehrere größere Firmen machten in den Folgejahren eigene Lager auf. Berkefelds Zwangsarbeiter lebten im *Gasthaus Schaper* in der *Heese* 6. Die *Spinnbütte* hatte ein Lager direkt am Werk in der *Bierwirths Wiese* und weitere Arbeiter im Werks-Sportheim an der *Vorwerksgasse* untergebracht. Ab 1942 lebten etwa 100 Frauen aus Russland und der Ukraine in diesem Sportheim. *Lubmann & Harling* unterhielten eine Baracke neben ihrem Sägewerk *Im Rolande*. *Hostmann-Steinberg* hatte an der *Klein-Heblener-Straße*, dem heutigen *Bremer Weg*, zwei Baracken. Ein Arbeitskommando mit sowjetischen Kriegsgefangenen lag in Baracken bei der Heidekaserne, französische Gefangene in der *Kampstraße* (siehe Foto), wo auch die Kreishandwerkerschaft ein Lager unterhielt.

Für etwa 60 polnische Arbeiter hatte die Reichsbahn ein Lager an der *Güterbahnstraße* 30 und weitere mit Russen und Ukrainern bewohnte Baracken im *Mondhagen*. Über eigene Lager verfügten auch die *Stadtwerke* und das städtische *Tiefbauamt*. Betriebslager gab es für die *Hellman Ing. Bau*, das Sägewerk *Brundiars und Lucas am Holzhof*, *Emmerichs Forstbaumschulen* an der *Hannoverschen Heerstraße*, *ITAG* an der *Güterbahnhofstraße* und *OHE* an der *Biermannstraße*.

Ab Juni 1941 gab die *Herberge zur Heimat* in der *Bergstraße* 42/43 warmes Essen an polnische Arbeiter aus, zeitweise waren bis zu 70 Betten dieser eigentlich für bedürftige deutsche Männer bestehenden Einrichtung mit Fremdarbeitern aus Frankreich, den Niederlanden und Serbien belegt.

Im Winter 1942/43 entstanden auf einem Gelände an der *Burgstraße* weitere drei Mannschaftsbaracken und eine Wirtschaftsbaracke, die Platz für 500 polnische Zwangsarbeiter boten. Im Februar 1945 wurden noch zwei weitere Baracken aufgestellt, so dass die Briten im April 1945 etwa 1000 polnische Männer in den Baracken vorfand.

Der so genannte *Reichseinsatz* konnte nur funktionieren, weil er in allen Instanzen von Partei und Staat unterstützt wurde. Ausschlaggebend waren dabei die Interessen der örtlichen Wirtschaft, die nach möglichst vielen und geeigneten Arbeitskräften verlangte. Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse waren - egal, ob es um Unterbringung, Ernährung, Löhne, Krankheit oder Bestrafung ging - durch zwei Aspekte bestimmt: die Optimierung der Kriegswirtschaft auf der einen und die rassistische Ideologie auf der anderen Seite. Die rassistische Hierarchisierung, bei der die sogenannten Ostarbeiter auf der untersten Stufe standen, betraf alle Lebensbereiche. Dabei gibt es keine Hinweise darauf, daß die Firmen oder wenigstens Arbeitskollegen öffentlich Kritik an der Diskriminierung und an der miserablen Behandlung der Zwangsarbeiter geäußert oder sich davon distanziert hätten.

Lit.: Köhler 2003.

Links: Baracken für französische Kriegsgefangene in der Kampstraße in Klein-Hehlen, Sommer 1942; rechts: Zwangsarbeiterin - auf ihrem Kleid ein Aufnäher mit dem "P" der polnischen Zwangsarbeiter.



Das Massaker vom 8. April 1945

Die "Celler Hasenjagd"

Seit das Vorrücken der Alliierten nicht mehr aufzuhalten war, versuchte die SS, die Konzentrationslager zu räumen. Bei diesen "Evakuierungen" entwickelte sich eine neue Welle mörderischer Aktivitäten. In diesen Zusammenhang gehörte auch ein Transport aus dem Lager Salzgitter-Drütte, einem Außenlager des KZ Neuengamme. In einem Güterzug sollten etwa 4000-4500 Männer, Frauen und Jugendliche nach Bergen-Belsen gebracht werden.

Am 8. April 1945 hielt dieser Zug auf dem Celler Güterbahnhof. An diesem Tag wurde Celle zum einzigen Mal Ziel eines größeren alliierten Luftangriffs auf den Bahnhof.

Der Transport wurde sofort schwer getroffen, und viele Häftlinge kamen dabei ums Leben. Ebenfalls getroffen wurde ein sich in der Nähe befindlicher Munitionszug. Noch im Bombenhagel versuchten die SS-Männer, die den Transport begleiteten, die Gefangenen wieder einzufangen; viele wurden aber auch kurzerhand erschossen. Diejenigen, die noch auf dem Bahnhof wieder in die Hände der SS fielen, wurden in Bahnhofsnähe zusammengetrieben; es kam zu ersten Hinrichtungen. Häftlinge, denen es gelang, der SS und den Bomben zu entgehen, flüchteten z.T. in die umliegenden Wohngegenden, und manche versuchten, in Häusern Schutz zu finden. Dort kamen sie plötzlich mit Cellern in Kontakt, wobei diese verschiedene Reaktionen zeigten: Mitunter wurde Häftlingen geholfen, in anderen Fällen wurden sie weggejagt. Und auf den Straßen machte bereits die SS-Wachmannschaft aus Drütte Jagd auf die Flüchtenden.

Helde-Ausgabe Celle

„Nicht schießen, Kommissör!“

Das Blutbad vom 8. April 1945 vor dem Höheren Britischen Militärgericht in Celle

Die Presse berichtete über den "Celle Massacre Trial"; oben eine Schlagzeile aus der Hannoverschen Presse vom 13.4.1948. Auch andere Überschriften waren recht deutlich: "Der Celler Mordprozeß" (Deutsche Volkszeitung, 6.12.1947), "'Das ist der zweite, den ich umgelegt habe'. Mordnacht vom 8. April [...]" (Dt. Volkszeitung, 10.4.1948), "Greuel im Neustädter Holz" (Hannoversche Presse, 15.4.1948).

Der größte Teil der Häftlinge, die den Bomben und – vorerst – der SS entkommen konnte, flüchtete aber in Richtung des *Neustädter Holzses*. Dort begann, was später als “Hasenjagd“ bezeichnet wurde, die Jagd auf die flüchtenden KZ-Häftlinge. Die SS-Mannschaft aus Drütte blieb dabei nicht allein. Es schlossen sich auch Angehörige von Wehrmacht, SA, Polizei, Volkssturm, Feuerwehr (deren Rolle bzw. überhaupt Beteiligung scheint zurzeit noch nicht völlig geklärt) und Celler Zivilisten, diese ohne jeden Befehl, an. Sie nahmen KZ-Häftlinge gefangen, trieben sie zusammen oder ermordeten sie an Ort und Stelle. Dies dauerte an bis zum 10. April. Die Zahl der Ermordeten wurde später auf 200-300 beziffert. Von den etwa 1100 wiedereingefangenen Häftlingen wurden ca. 500 als noch marschfähig betrachtet und von der SS zu Fuß nach Bergen-Belsen getrieben. Wer unterwegs nicht weiterkonnte, wurde erschossen.

Die nicht mehr Marschfähigen wurden in einem Stall in der *Heidekaserne* eingepfercht. Die Stadtverwaltung war zwar angewiesen, sich um die Häftlinge zu kümmern, doch blieben diese sich selbst überlassen. Die britischen Befreier fanden hier nach ihrem Einmarsch am 12. April Zustände vor, die sie als „a Belsen in microcosm“ beschrieben.



Ab Dezember 1947 wurde 14 Angeklagten wegen Beteiligung an der “Hasenjagd“ im “Celle Massacre Trial“ der Prozess gemacht: Sieben Angeklagte wurden freigesprochen, vier zu Haftstrafen zwischen vier und zehn Jahren und drei zum Tode verurteilt. In einer Revisionsverhandlung 1948 wurde eines der Todesurteile aufgehoben, die beiden anderen wurden später vom britischen Militärgouverneur auf dem Gnadenweg in Haftstrafen von 15 bzw. 20 Jahren umgewandelt. Keiner der Verurteilten musste seine Haftstrafe in voller Länge verbüßen. Die letzten Entlassungen erfolgten im Oktober 1952.

Bereits 1946 gab es Pläne, ein Mahnmal für die Ermordeten auf dem Waldfriedhof zu errichten, wohin man Leichen, die in Bombenkratern verscharrt worden waren, umbettete. Das Mahnmal ist letztlich aus finanziellen Gründen nie verwirklicht worden. Auf dem Waldfriedhof erinnern drei Holzkreuze und eine Gedenkplatte mit der Inschrift “Ruhestätte für Opfer der NS-Gewaltherrschaft“ an die Toten.

Die Stadt Celle widmete sich dem Thema offiziell erst Ende der 1980er Jahre und beauftragte den Historiker Mijndert Bertram mit der Unter-

suchung der Ereignisse. Die Ergebnisse wurden 1989 publiziert. In diesem Jahr wurde auch beschlossen, ein Mahnmal für die Toten zu errichten; als Standort wurden die Triftanlagen ausgewählt. Es wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, dessen Bedingungen die Inschrift vorgaben:

Den KZ-Häftlingen aus ganz Europa, die vom 8. bis zum 12. April 1945 in Celle Opfer nationalsozialistischer Unmenschlichkeit wurden

Am 8. April 1945 – vier Tage vor der Besetzung durch alliierte Truppen war Celle das Ziel eines großangelegten Luftangriffs. Dabei wurde auf einem Rangiergleis des Güterbahnbofs ein Zug getroffen, der ungefähr 4000 Männer, Frauen und Jugendliche aus mehreren Außenlagern des KZ Neuengamme nach Bergen-Belsen bringen sollte. Als diejenigen Häftlinge, die den Bomben entgangen waren, sich in Sicherheit zu bringen suchten, machten Angehörige der NSDAP und ihrer Formationen, Wehrmacht, Polizei sowie des Volkssturms im Stadtgebiet und im nahegelegenen Neustädter Holz Jagd auf sie und richteten ein Blutbad unter ihnen an. Etwa 500 der Überlebenden wurden von der SS schließlich zu Fuß nach Bergen-Belsen getrieben

Aus 281 eingereichten Entwürfen wurde der von Jonny Lucius ausgewählt, der aber verschiedentlich kritisiert wurde, u.a. weil er zu unauffällig sei. Am 7. April 1992 wurde das Mahnmal eingeweiht, doch nur 1995 gab

es eine weitere offizielle Gedenkfeier. Erst 2005, zum 60. Jahrestag, gab es wieder eine Veranstaltung der Stadt am Mahnmal. In der Folgezeit wurde von Seiten Bündnis 90/Die Grünen beantragt, eine neu entstehende Straße "Straße des 8. April 1945" zu nennen. Nach langen Auseinandersetzungen in Politik und Presse wurde der Antrag abgelehnt.

2006 sorgte eine Veröffentlichung Bertrams über den damaligen Oberbürgermeister Meyer für Diskussionen, weil der Autor die Frage stellte, inwieweit Meyer als Chef der Ortspolizei für die "Hasenjagd" mitverantwortlich war.

Lit.: Bertram 1989, Bertram 2006, Neumann 2005.

Das Foto zeigt das Mahnmal im Februar 2005.



Erinnerungskultur

GELÖBNIS.

Die Toten rufen, die Toten klagen:
"Wir wurden erniedrigt und entrechtet,
Verfolgt, gepeinigt und geächtet,
Bevor man uns wie Schlachtvieh erschlagen.

Die Mörder sind zahllos wie Sandkorn am Meer;
Wer nennt sie, wer kennt sie, die blutigen Würger?
Jetzt sind sie getarnt als friedliche Bürger!"
So weint und jammert der Toten Heer.

Die Klage soll nicht im Winde verwehn.
Tut ein Gelübde, schwört einen Eid,
Schwöret auf Zeit und Ewigkeit:
" D i e s Deutschland soll nicht auferstehn !"

Gedanken zur Erinnerungskultur

Geschichte wird metaphorisch manchmal als *Sprungbrett in die Zukunft* bezeichnet. Damit ist auch gemeint, dass der Beschäftigung mit Geschichte eine erhebliche gesellschaftliche Orientierungsfunktion zukommt.

Dabei wäre es falsch, Geschichte als abgeschlossene Vergangenheit zu verstehen. Sie wird in dem Sinne konstruiert, dass historische Daten, Ereignisse und Personen entsprechend bestimmter gegenwärtiger oder zukünftiger Interessen in Anspruch genommen werden. Deshalb ist es sinnvoll, über Formen, Inhalte und Ziele der gemeinschaftlichen Erinnerung an die Vergangenheit nachzudenken.



Im Zentrum der Geschichtspolitik steht in Deutschland der Nationalsozialismus, der allgemein als nachhaltiger Kontinuitäts- und Traditionsbruch interpretiert wird, der einen Neuanfang nach sich gezogen habe.

Totengedenken ist die Grundlage von Erinnerungskulturen: Welche Toten bzw. Opfer finden Aufnahme in das gemeinschaftliche Gedenken? Erinnerungskultur organisiert, ritualisiert und verdichtet dieses Gedenken und damit die Formen und Inhalte dessen,

was Gesellschaften erinnern wollen und sollen. Im öffentlichen Raum wird mit Gedenkmalen, Erinnerungstafeln, Benennungen von Straßen, Gebäuden und Institutionen der Opfer gedacht.

In den allerersten Nachkriegsjahren gingen Initiativen zur Aufarbeitung der Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus zunächst von Opfergruppen aus. Der Versuch, ein Mahnmal für die Opfer des Massakers vom 8. April 1945 zu errichten, scheiterte aber letztlich an der Bereitschaft der Stadt zur Übernahme der Kosten. Ersatzweise entstand auf dem Waldfriedhof ein Gräberfeld mit drei Eichenholzkreuzen, das für eine öffentliche Gedenkkultur aber nie eine größere Bedeutung gewann.

Parallel betrieb die britische Besatzungsmacht mit dem so genannten "Celle Massacre Trial" eine juristische Aufarbeitung der Verbrechen des 8. April 1945 und der Folgetage. 1947/48 fand ein Prozess gegen 14

Beschuldigte statt. Obwohl der Prozess in Teilen in der Aula des KAV-Gymnasiums stattfand, wurde er in der Celler Öffentlichkeit kaum registriert.

In den 1950er und 1960er Jahren fand eine Beschäftigung mit lokalen Aspekten des Nationalsozialismus nicht mehr statt. In den Vordergrund der öffentlichen Gedenkkultur rückten die mit Kriegsende nach Celle verschlagenen Flüchtlinge und Vertriebenen und die damit verkoppelte

„deutsche Frage“. Es boten sich auf dieser Ebene zugleich Möglichkeiten der Verdrängung und Schuldaufrichtung. Der Sozialpsychologe Peter Brückner brachte dies auf die griffige Formel *„Verlorenes Land ist verlorene Schuld“*.

Während eine Beschäftigung mit den lokalen Opfern und Tätern nicht stattfand, kam es im Jahr 1966 zu einer Würdigung des Widerstands vom 20. Juli. Im Neubaugebiet im Westen der Stadt wurden die Straßen nach Widerstandskämpfern, z.B. Witzleben und Bonhoeffer, benannt.

Eine erinnerungspolitische Wende lässt sich auf lokaler Ebene für die 1980er Jahre feststellen. Erstmals fand in Veröffentlichungen wie dem Buch *„Hinter den Fassaden“* eine Beschäftigung mit dem lokalen Geschehen zwischen 1933 und 1945 statt. Angestoßen war diese Auseinandersetzung zunächst von einem gewerkschaftsnahen, „alternativen“ Milieu. Zum 40. Jahrestag des Geschehens vom 8. April berichtete erstmals die Cellesche Zeitung ausführlich und die Ratsfraktionen von SPD und den Grünen forderten eine historische Aufarbeitung ein.

Auf dieser Grundlage entstand schließlich 1992 das Mahnmal in den Triftanlagen; der 8. April 1945 ist seitdem in den Mittelpunkt der lokalgeschichtlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gerückt.

Intensiv wird seit rund 20 Jahren auch die *„Spurensuche“* nach ehemaligen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Celles betrieben; eine Reihe von Veröffentlichungen widmet sich ihren





Schicksalen. Auf dieser Grundlage initiierte die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Kooperation mit dem Stadtarchiv seit April 2004 die Verlegung so genannter "Stolpersteine" vor den ehemaligen Wohn- bzw. Geschäftshäusern der in den Konzentrationslagern ermordeten Menschen.

Erstmals wurde in den letzten Jahren mit Straßenbenennungen zudem auch lokaler Opfer (*Richard-Katzenstein-Straße*) oder eines oppositionellen Pastors (*Wilhelm-Voigt-Gasse*) gedacht.

Öffentliche Diskussionen um die Rolle und Verantwortung Celler Entscheidungsträger wie dem seinerzeitigen Oberbürgermeister Ernst Meyer und dem Landrat Wilhelm Heinichen wie auch die Irritationen um die Tätigkeit des Architekten Otto Haesler in der NS-Städtebaupolitik im kriegsbe-

setzten Polen und der UdSSR zeigen, dass die kritische Auseinandersetzung sich langsam auch auf die Tätergeneration bezieht.

Der historische Stadtrundgang "Celle im Nationalsozialismus", der seit 1998 regelmäßig am 8. April und am 9. November angeboten wird, ist insoweit nur ein Teil einer sich etablierenden lokalen Gedenkkultur, die sich der Forderung des Historikers Wolfgang Benz stellt:



*Erinnerung bedarf der Konkretisierung,
und die erfolgt
immer im Kleinen,
also in der
unmittelbaren Lebenswelt.*

Lit.: Benz 2005; Rohde 2006; RWLE Möller Stiftung 2006.

Literaturauswahl

Bahr, Reimer / Besser, Jörg / Metselaar, Klaus (1981): Alltag im Nationalsozialismus. Wettbewerbsbeitrag von Schülern des Hölty-Gymnasiums für die Hamburger Körber-Stiftung. Celle.

Bamberger, Naftali-Bar-Giora (1992): Der jüdische Friedhof in Celle. Memorbuch. Heidelberg.

Benz, Wolfgang (2005): Authentische Orte. Überlegungen zur Erinnerungskultur; in: Petra Fank, Stefan Hördler (Hg.), Der Nationalsozialismus im Spiegel des öffentlichen Gedächtnisses. Formen der Aufarbeitung und des Gedenkens. Für Sigrid Jacobeit. Berlin, S. 197-203.

Bertram, Mijndert (1989): April 1945. Der Luftangriff auf Celle und das Schicksal der KZ-Häftlinge aus Drütte. Celle.

Bertram, Mijndert (o.J.): Celle - Eine deutsche Stadt vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, 1. Band. Celle [1992].

Bertram, Mijndert (1992): Christen, Kirchen und Gemeinden in Celle während der NS-Zeit - Fragmente eines Bildes; in: Evangelisch-lutherischer Kirchenkreis Celle, Evangelisch-reformierte Gemeinde Celle, Katholische Kirchengemeinde St. Ludwig (Hg.), Kirche in Celle. Beiträge zur Kirchengeschichte. Celle, S. 157-178.

Bertram, Mijndert (2006): Der unrühmliche Abgang eines vermeintlichen Ehrenbürgers der Stadt Celle; in: Celler Chronik 13. Beiträge zu Geschichte und Geographie der Stadt und des Landkreises Celle. Celle, S. 105-113.

Bösch, Frank (2002): Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960). Unter Mitarbeit von Helga Mathiesen. Göttingen.

Bomann-Museum Celle (Hg.) (1995): Celle '45. Aspekte einer Zeitenwende. Begleitpublikation zur Ausstellung im Bomann-Museum Celle vom 13. April bis 24. September 1995. Celle.

Bosse, Wilhelm (1952): Die Hermann Billung-Schule von 1935 bis 1946; in: Festschrift zur Feier des 75jährigen Bestehens der Hermann Billung-Schule Celle, 18.-21. September 1952. Celle, S. 23-36.

Brundiers, Andreas (1994): Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Celle 1848-1945; in: SPD-Stadtverband Celle (Hg.), "Wer weiß, wohin der Taumel am Ende noch führt". 125 Jahre SPD in Celle. Celle, S. 9-58.

DKP-Kreisvorstand Celle (Hg.) (1985): Otto Elsner - Ein Celler Arbeiterfunktionär. Celle.

Fueß, Hanna (1938): Ein Gang durch das Otto-Telschow-Haus. Abteilung NSV. und WHW; in: Celler Heimatkalender der Celleschen Zeitung auf das Jahr 1938. Celle, S. 94-95.

Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit Celle e.V. (Hg.) (2005): Jüdisches Leben in Celle nach 1945. Begleitband zur Ausstellung ... in der Celler Synagoge vom 19.4.-30.12.2005. Bielefeld.

Glatter, Sabine / Jensen, Andrea / Keffler, Katrin / Knufinke, Ulrich (1997): Die Bauwerke und Einrichtungen der jüdischen Gemeinde in Celle. Synagoge - Mikwe - Friedhof. Bielefeld.

Hamann, Ulrich (1986): Das Oberlandesgericht Celle im Dritten Reich - Justizverwaltung und Personalwesen; in: Oberlandesgericht Celle (Hg.), Festschrift zum 275jährigen Bestehen des Oberlandesgerichtes Celle. Celle, S. 143-231.

Herlemann, Beatrix (1993): "Der Bauer klebt am Hergebrachten". Bäuerliche Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsen. Hannover.

Herzfeld, Manfred (1947): Gruss an Deutschland. Eine Abrechnung in Versen. Jerusalem.

Hochhuth, Rolf (1979): Juristen. Drei Akte für sieben Spieler. Reinbek.

Hoffschildt, Rainer (1999): Die Verfolgung der Homosexuellen in der NS-Zeit. Zahlen und Schicksale aus Norddeutschland. Berlin.

Holtfort, Werner / Kandel, Norbert / Köppen, Wilfried / Vultejus, Ulrich (Hg.) (1982): Hinter den Fassaden. Geschichten aus einer deutschen Stadt. Göttingen.

Köhler, Nils (2003): Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide. Organisation und Alltag des "Ausländereinsatzes" 1939-1945. Bielefeld.

Kramer, Sabine (1999): "Ein ehrenhafter Verzicht auf Nachkommenschaft". Theoretische Grundlagen und Praxis der Zwangssterilisation im Dritten Reich am Beispiel der Rechtsprechung des Erbgesundheitsobergerichts Celle. Baden-Baden.

Krizsan, Julius H. (2004): Die Verfolgung der Juden in und aus Celle 1933 bis 1945. Winsen.

Lindemann, Silke (2004): Jüdisches Leben in Celle. Vom ausgehenden 17. Jahrhundert bis zur Emanzipationsgesetzgebung 1848. Bielefeld.

Maehnert, Sabine (o.J.): Jüdische Spuren im Celler Stadtbild. Integration und Ausgrenzung am Beispiel von Geschäften jüdischer Mitbürger in der Celler Innenstadt vor 1933/38. Eine Dokumentation des Stadtarchivs Celle.

Maehnert, Sabine (2000): Spuren zwischen Celle und Theresienstadt. Celler Familien jüdischen Glaubens und ihre Schicksale; in: Celler Chronik 9. Beiträge zu Geschichte und Geographie der Stadt Celle, S. 196-228.

Möller, Reinhard W.L.E. (1987): Celle-Lexikon. Von Abbensen bis Zwische. Mit einem Vorwort von Dr. Rainer Marwedel. Hildesheim.

Möller, RWLE / Polster, Bernd (2003): Celle. Das Stadtbuch. Bonn.

Möller, RWLE / Rohde, Reinhard (1988, 1995): Antifaschistischer Stadtplan. Celle 1933-1945. Celle.

Münkel, Daniela (1991): Bauern und Nationalsozialismus. Der Landkreis Celle im Dritten Reich. Bielefeld.

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2002): Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des deutschen Volkes. Beiträge und Katalog zur Ausstellung. Baden-Baden.

Neumann, Klaus (2005): Eine "Hasenjagd" in Celle; in: RWLE Möller Stiftung (Hg.), celler hefte 1-2. "Hasenjagd" in Celle. Das Massaker vom 8. April 1945. Celle, S. 33-63.

Obenaus, Herbert / Obenaus, Sibylle (Hg.) (1985): Schreiben, wie es wirklich war! Aufzeichnungen Karl Dürkefeldens aus den Jahren 1933-1945. Hannover.

Obenaus, Sibylle (1996a): Isidor und Robert Meyer, Großer Plan 2-3. Eine Celler Kaufmannsfamilie; in: Juden in Celle. Biographische Skizzen aus drei Jahrzehnten. Celle, S. 173-204.

Obenaus, Sibylle (1996b): Julius von der Wall (1872-1943). Rechtsanwalt und Notar am Oberlandesgericht; in: Juden in Celle. Biographische Skizzen aus drei Jahrzehnten. Celle, S. 227-260.

Obenaus, Sibylle (2005): Celle; in: Historisches Handbuch der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen. Band I. Hg. von Herbert Obenaus. In Zus. mit Davis Bankier und Daniel Fraenkel. Göttingen, S. 394-421.

Opitz, Rainer (2005): Das Oberlandesgericht Celle 1933-1945. Strafrechtsprechung unter dem Einfluss des Nationalsozialismus. Diss. Hochschule Vechta.

Polster, Bernd / Möller, Reinhard (1984): Das feste Haus. Geschichte einer Straf-Fabrik. Berlin.

Roßberg, Kurt W. (2005): Zwischen Ziegeninsel und Stadtgraben. Eine jüdische Kindheit und Jugend in Celle 1924-1938. Bearbeitet von Joachim Piper. Herausgegeben von der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit. Bielefeld.

Rohde, Reinhard (1982): Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Celle 1919-1933. Staatsexamensarbeit Hannover.

Rohde, Reinhard (1994): Das Celler Waisenhaus. Zur Geschichte einer 300 Jahre alten Stiftung. Celle.

Rohde, Reinhard (2003): www.celle-im-nationalsozialismus.de. Lokalgeschichte im Internet; in: Der Archivar, 56. Jahrgang, Februar 2003, Heft 1, S. 51.

Rohde, Reinhard (2006): Verdrängen - vergessen - vergegenwärtigen. Erinnerungspolitik - Was prägt(e) in Celle die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus; in: RWLE Möller Stiftung (Hg.), celler hefte 3-4, Gedächtnislücken? Erinnerungs- & Gedächtniskultur nach 1945 in Celle. Öffentliche Tagung am 24./25. März 2006. Texte und Protokolle. Celle, S. 33-55.

Rückert, Joachim / Vortmann, Jürgen (Hg.) (2003): Niedersächsische Juristen. Ein historisches Lexikon mit einer landesgeschichtlichen Einführung und Bibliographie. Göttingen.

Rüping, Hinrich / Helmich, Stefan (2005): Rechtsanwälte im Bezirk Celle während des Nationalsozialismus; in: NJfL, Bd. 77, S. 329-344.

RWLE Möller Stiftung (2005): celler hefte 1-2. "Hasenjagd" in Celle. Das Massaker vom 8. April 1945. [Redaktion: Oskar Ansell, Ralph B. Hirsch, Tim Wegener]. Celle.

RWLE Möller Stiftung (2006): celler hefte 3-4 (Doppelheft), Gedächtnislücken? Erinnerungs- & Gedächtniskultur nach 1945 in Celle. Öffentliche Tagung am 24./25. März 2006. Texte und Protokolle [Redaktion: Joachim Göres]. Celle.

Schirmer, Friedrich (o.J.): Das Celler Soldatenbuch. Ein Beitrag zur Geschichte des Standortes Celle. Celle. [1937]

Shah, Anita (2006): Silke Schatz. Radical Self / Wurzelkind. Bielefeld/Leipzig 2006.

Stadt Celle (Hg.) (1974): Zur Geschichte der Juden in Celle. Festschrift zur Wiederherstellung der Synagoge. Celle.

Stein, Peter (1994): Die nordost-niedersächsische Tagespresse von den Anfängen bis 1945. Ein Handbuch. Stade.

Streich, Brigitte (1996): Senatspräsident Dr. Richard Katzenstein (1878-1942); in: Juden in Celle. Biographische Skizzen aus drei Jahrzehnten. Celle, S. 261-270.

Stumpf, Hans-Friedrich (1995): Kernenergieforschung in Celle 1944/45. Die geheimen Arbeiten zur Uranisotopentrennung im Seidenwerk Spinnhütte. Celle.

Tucholsky, Kurt (1975): (Ignaz Wrobel) Prozess Marloh (GW 2, 223-227), Im Saal (GW 10, 180-182). Reinbek bei Hamburg.

Verein zur Förderung politischer Literatur (Hg.) (1983): Celle 1933. Sonderheft des "Celler Zündel". Celle.

Völker, Peter (1977): Wahlen und politische Parteien im Raum Celle von 1867-1972. Dissertation Hannover.

Vultejus, Ulrich (1982): Goldene Jugendzeit; in: Werner Holtfort, Norbert Kandel, Wilfried Köppen, Ulrich Vultejus (Hg.), Hinter den Fassaden. Geschichten aus einer Deutschen Stadt. Göttingen, S. 75-96.

Wegener, Tim (2006): Die Lüneburger Heide während des Dritten Reiches in Fiktion, Ideologie und Wirklichkeit. Magisterarbeit Universität Hannover.

Zacharias, Elke (2005): "Wir dachten, die Befreiung sei ganz nah"; in: RWLE Möller Stiftung (Hg.), celler hefte 1-2. "Hasenjagd" in Celle. Das Massaker vom 8. April 1945. Celle. S. 9-24.

Abbildungsverzeichnis

	Stadtarchiv Celle:
14, 21, 30, 36,44, 45, 47, 49, 50, 51, 52, 53, 56, 59, 62	
	Kreisarchiv Celle:
	31, 46, 66, 67
	RWLE Möller Stiftung:
	18, 20, 28, 30, 42, 48
	Privat:
10, 11, 13, 16, 21, 23, 37, 38, 39, 42, 54, 55, 58, 60, 61, 63 (Decker-Voigt), 72, 73, 74	

Die Gedichte auf den Seiten 9, 19, 29, 43, 57 und 65
sind alle aus dem Gedichtband
„Gruß an Deutschland. Eine Abrechnung in Versen“
von Manfred Herzfeld

(Die Auszüge auf Seite 9 und 65
sind aus den Gedichten
„Vergeltung“ und „Würde der Frauen“)

Diese Broschüre wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht,
s. www.creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/de/.

Nach dieser Lizenz dürfen Sie den Inhalt für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten
und öffentlich aufführen und Bearbeitungen anfertigen unter der Bedingung,
dass die Namen der Autoren und der Buchtitel genannt werden und Sie die auf
diesem Werk basierenden Inhalte unter gleichen Lizenzbedingungen weitergeben. Alle anderen
Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet
sind, bleiben vorbehalten.

Ausgenommen von dieser Lizenz sind die Abbildungen.



*Ohne Erinnerung keine Geschichte, ohne Ort kein
Gedächtnis, ohne Gedächtnis keine Identität, ohne
Öffentlichkeit keine Wirkung.*
Alphons Silbermann

Die Vernichtung der europäischen Juden hatte einen Anfang auch in der unmittelbaren Nachbarschaft, Opfer und Täter wohnten in den Mauern dieser Stadt, und auch der Widerstand hatte seine eigenen Orte.

Seit einigen Jahren führen die Autoren regelmäßig historische Stadtrundgänge zum Thema „Celle im Nationalsozialismus“ durch. Auftakt und Abschluss werden dabei in der Regel durch zwei offizielle Erinnerungsorte markiert, die Synagoge „Im Kreise“ und das wenig bekannte Mahnmal für die Opfer der sogenannten „Hasenjagd“ des 8. April 1945 in den Triftanlagen. Der variable Weg führt dann vorbei an Gebäuden, in denen NSDAP, SA und andere Parteigliederungen wirkten, in denen Richter und Staatsanwälte als willige Helfer Hitlers agierten. Es wird Halt gemacht an Häusern, in denen die jüdischen Bürger wohnten oder ihre Geschäfte hatten. Und vor einigen wenigen Gebäuden können auch die Widerstandsbestrebungen von Teilen der Arbeiterbewegung geschildert werden.

Bei den Führungen gibt es immer drei Probleme: Nie können alle ausgearbeiteten Stationen angesteuert werden, allein aus Zeitgründen muss eine Auswahl getroffen werden. Einige wichtige Orte wie der jüdische Friedhof liegen zu weit vom Stadtzentrum entfernt oder sind - wie etwa das alte Gebäude des Hermann-Billing-Gymnasiums - abgerissen. Schließlich ist es nicht möglich, für all die Erzählungen die jeweiligen Quellen, Dokumente und alten Ansichten gleich mitzuliefern.

Mit dieser Broschüre wird all dies in kurzer, lesbarer und illustrierter Form zugänglich gemacht

Preis: 4,00 €